

Ostdeutsche Bau-Zeitung vereinigt mit Breslau Deutsche Baugewerbe-Zeitung Leipzig

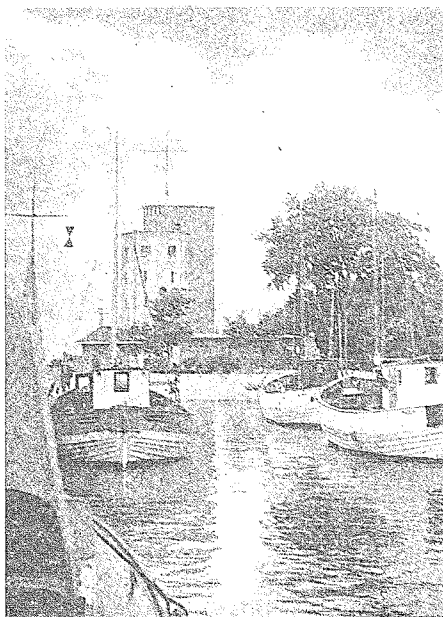
35. Jahrgang

Breslau, den 25. November 1937

Nummer 47

Ein neues Lotsengebäude in der Seestadt Pillau (Ostpreußen)

Von Regierungsbaussessor Karl Rogge, Hochbaudezernat der Oderstrombauverwaltung Breslau



Lotsengebäude Pillau. Ansicht vom Wasser (8 Fotos von Regierungsbaussessor Karl Rogge, Breslau)

Das starke Anwachsen des Seeverkehrs nach Ostpreußen gab neben seiner sonstigen wirtschaftlichen Belebung auch die Veranlassung zu einer Verstärkung der in Pillau und in Königsberg stehenden Lotsenschaft.

Dies bedingte neben der Schaffung von Wohnungen in Pillau besonders auch die alsbaldige Durchführung des seit langem bereits beschlossenen Neubaus eines Lotsengebäudes, das 1936/37 nach dem hier gezeigten Entwurf errichtet wurde.

Es galt in dem Neubau neben der Lotsenwache die neuzeitlichen meldetechnischen Einrichtungen für den Schiffsverkehr sowie Aufenthalts- und Schlafräume für mindestens 24 Lotsen unterzubringen.

Als Baugelände wurde ein Platz am Seefie gewählt, von dem aus in entsprechender Höhe ein Ueberblick auf die See, das Haff und den Seekanal möglich ist.

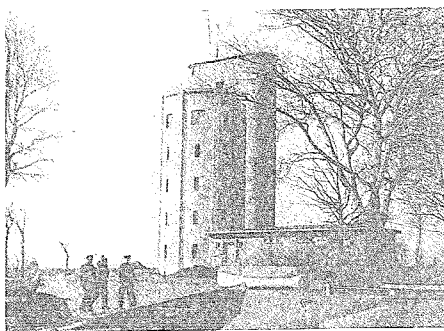
Um diese Höhe zu erreichen, mußte entweder ein Gebäude mit einer Reihe von Stockwerken entstehen, oder die Rücksicht auf die Bequemlichkeit der Benutzer hätte zu einer ebenen Anlage mit einem Treppenturm und Dienstraum in der notwendigen Höhe geführt. Eine architektonisch wenig befriedigende Lösung wäre in letzterem Falle die Folge gewesen. Bei dem hier gezeigten Entwurf wurde vom Dienstraum in der für ihn benötigten Größe und erforderlichen Lage in etwa 15 m Höhe mit Ausblick nach möglichst allen Seiten ausgegangen. Seine Grundriszform — zweckmäßig ein Kreis — führte zur Wahl eines zylindrischen Turmes von 8,75 m äußerem Durchmesser mit begehbare oberer Plattform. Als Steigerung der Ausblicksmöglichkeit wurde weitere 2 m höher ein reichlich verglaster Raum für die dauernde Wache eingerichtet. Einige Stufen höher ergab sich dann noch eine begehbare Plattform, von der aus eine freie Beobachtung in einer Gesamthöhe (Augenhöhe) von 20,4 m möglich ist.

In den unteren 4 Stockwerken des Turmes konnten die Schlafräume für die Lotsen angeordnet werden.

Die zu allen Stockwerken und Austritten führende Treppe liegt gewandelt in einem halbrunden Baukörper, der aus dem Turm herausgezogen ist und der daher eine für die Schlafräume ungestörte Begehung gestattet.

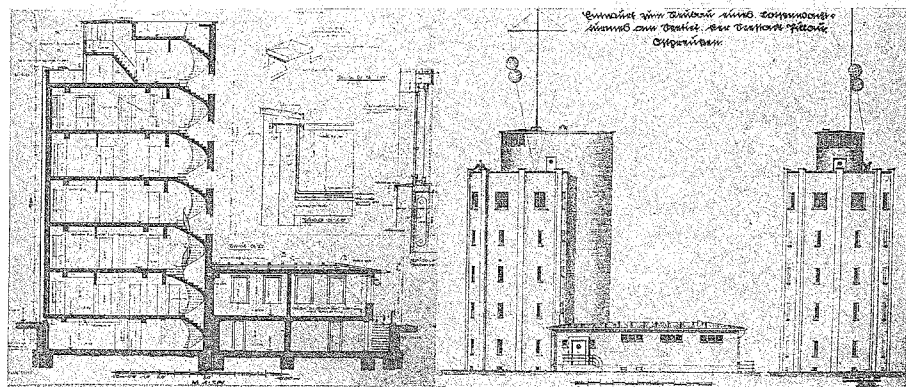
Dies zu ermöglichen, war bei der Entwurfsbearbeitung neben der sachgemäßen Einordnung der Schlafräume oberster Grundsatz. Die Lotsen, unter denen sich zum Teil bereits ältere Männer befinden, sollen nach ihrem anstrengenden und verantwortungsvollen Dienst möglichst ungestört in ihren Räumen ausruhen können. Da sie zudem während der Dienstzeit tagsüber wie in der Nacht immer erreichbar sein müssen, aber verständlicherweise ihren Dienst ausgeruht antreten sollen, sind in allen Schlafräumen Licht- und Klingelmeldeanlagen vorhanden.

Die vier Geschosse enthalten je drei Schlafkabinen mit je zwei Betten sowie die erforderlichen Nebenräume und Waschelegenheit.

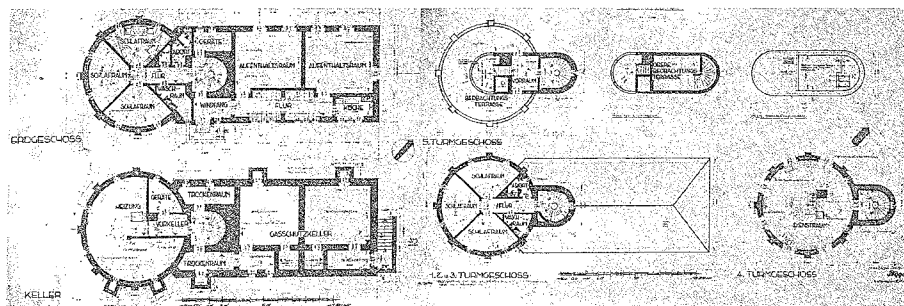


Lotsengebäude Pillau. Ansicht der Landseite

Ein neues Lotsengebäude in der Seestadt Pillau (Ospreußen)



Lotsengebäude Pillau. Längsschnitt, Seitenansicht, Vorderansicht und Einzelheiten



Lotsengebäude Pillau. Grundrisse aller Geschosse

Zu ebener Erde befinden sich in einem Anbau zwei Tagesräume. Eine Radioanlage dient zur Unterhaltung und zu Gemeinschaftsempfängen. Die gemütliche Einrichtung der Räume wird in der Freizeit gewiß manches Kartenspiel steigen lassen.

Eine Kochküche ist auch vorhanden, so daß Speisen und der ortsübliche steife Grog nach schwerem Dienst zubereitet werden können.

Im Kellergeschoß liegen Kohlen- und Heizkeller mit einer Warmwasserheizung für das ganze Gebäude, Trockenräume zum Trocknen nasser Dienstanzüge und Mäntel sind ebenfalls vorhanden.

Für die Ausführung wurde als Baustoff in der Hauptsache Eisenbeton verwendet. Bei der erforderlichen Tiefgründung sind Senkbrunnen zur Anwendung gekommen. Die Außenwände des Turmes wurden nach dem Gleitschalungsverfahren der Siemens-Bau-Union durch diese Firma innerhalb 10 Tagen hergestellt, so daß das Betonieren der Decken und das Mauern der Zwischenwände sehr bald gegen Wind und Wetter geschützt erfolgen konnte.

Dieses Verfahren, das durch die Einfachheit seiner Grundgedanken verblüfft, dient sonst zur Herstellung von Silos und dürfte hierfür besonders gut geeignet sein. In diesem Fall gab die Form des Turmes den Anlaß zu seiner Anwendung.

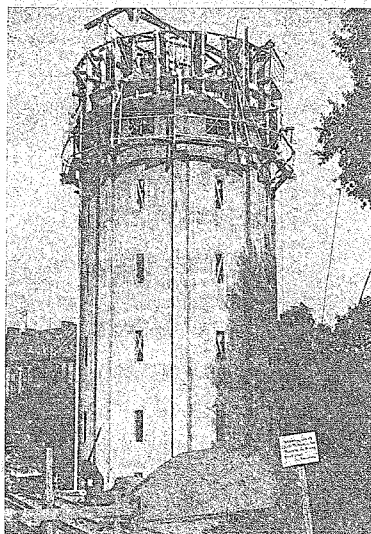
In den beigefügten Lichtbildern sind einige Arbeitsvorgänge festgehalten. Eine kleine Betonmischmaschine, ein Aufzug, eine Schub-

karre und die durch 16 Winden geführte Gleitschalung genügen, um den Turm durch 4 fast ungelernete Arbeiter mit dem erforderlichen Werkstoff und den an der Mischmaschine beschäftigten Arbeitskräften auszuführen. Der Beton blieb etwa 6 bis 8 Stunden unter der immerfort gleitenden Schalung, deren äußere Wand senkrecht angelegt war, während die innere nach oben etwas schräg verlief, um das Gleiten zu erleichtern. Als Folge war übrigens die Außenfläche vorteilhaft glatt, während sich die Innenfläche für das Ansetzen der Ausmauerung als gut aufgeraut erwies.

Der auf dem Bild (Seite 391 rechts unten) eine Winde bewegende Arbeiter hatte während der Zeit der Ausführung mit seiner Ablosung (es wurde selbstverständlich in 3 Schichten gearbeitet) die Aufgabe, immer im Kreise herum von Winde zu Winde zu gehen und unter Beobachtung der Schlauchwaage die Schalung gleichmäßig hochzudrücken, während gleichzeitig in gewissen Abständen die Eisenbewehrung eingebracht und im übrigen fortgesetzt betoniert wurde.

Die übrigen Gebäudeteile sind mit Harlbrandsteinen gemauert und dann gefügt worden. Die begehbaren Flächen haben einen geriffelten Zementestrich und eine Belohnungsschicht auf Bitumenabdichtung erhalten, die bis unter die Brüstungskante hochgezogen wurde. Die sonstigen Dachflächen wurden mit Alkula-Aluminiumblech belegt. Als Schall- und Wärmedämmung der Außenwände und für die Zwischenwände sind rheinische Bimsbaustoffe verwandt worden, die sich erfreulicherweise in

Ein neues Lotsengebäude in der Seestadt Pillau (Ostpreußen)



Lotsengebäude Pillau. Der Rundturm während des Betonierens



Lotsengebäude Pillau. Eisenflechten und Betonieren

Ostpreußen gut eingeführt haben. Die Wärmedämmung der obersten Geschosdecken wurde aus Holzwalbleichtbauplatten während des Betonierens hergestellt.

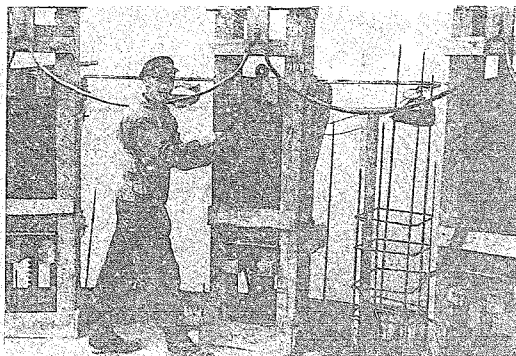
Eine interessante Konstruktion stellt auch der Signalmast dar. Er reicht durch 3 Geschosse hindurch und ist in den Decken der 3 Turmgeschosse verankert. An ihm werden Ball- und Lichtzeichen aufgezogen und der Pfeil für die Richtungsangabe über ein- und ausgehende Strömungen des Wassers im Seetief bewegt. Die Hauptzeichen können im Dienstraum bedient werden, so daß ein Betreten der Plattform, besonders bei Schlechtwetter, nicht notwendig ist.

Bei den Licht- und Klingelmeldeanlagen wurden neuzzeitlichste Bauarten angewandt, ebenso wie bei den übrigen Einrichtungen die neuesten Erfahrungen zur Geltung kamen und besondere Rücksicht auf die Grundätze des Amtes für Schönheit der Arbeit genommen worden ist.

Das Gebäude ist am 1. Juli dieses Jahres in Betrieb genommen worden. Damit ist am Seetief in Pillau ein neues Bauwerk entstanden, das in seiner Lösung einmalig, obwohl in der Hauptsache technischen Zwecken dienend, mit seinem charakteristischen Umrissbild dem sogenannten Tor Ostpreußens eine besondere Note gibt. Sein Entwurf wurde durch das Hochbaudezernat der Odenstrombauverwaltung Breslau aufgestellt, die Ausführung erfolgte durch das Hafenbauamt Pillau.



Lotsengebäude Pillau. Die Schubkarre am Aufzug



Lotsengebäude Pillau. Das Höherwinden der Gleitschalung

Begriff der Verjährung:

Ein Anspruch ist das Recht, von einem anderen ein Tun oder ein Unterlassen zu verlangen. Dieser Anspruch kann außer durch Erfüllung, durch Verjährung untergehen. Ein Anspruch verjährt heißt also: er geht unter durch Ablauf einer bestimmten Zeit. Dies jedoch nur dann, wenn die Verjährung seitens des Schuldners, gegen den sich der Anspruch richtet, geltend gemacht wird. Durch die Verjährung erlischt also das Recht auf Geltendmachung nicht, wohl aber das Recht auf Erfüllung des Anspruchs, wenn der Schuldner die Einrede der Verjährung erhebt (Ausnahme siehe bei Aufrechnung).

Beispiel:

A. hat dem B. auf eine Schuld von 100.— RM. eine Abzahlung von 50.— RM. geleistet. Nachträglich stellt A. fest, daß die Gesamtschuld schon verjährt war. A. kann von B. die bereits gezahlten 50.— RM. nicht zurückfordern, da das Recht des B. durch Ablauf der Verjährungsfrist nicht berührt wird, sondern nur das Recht, Erfüllung zu verlangen.

Beginn der Verjährung:

Regelmäßig beginnen die Verjährungsfristen mit der Entstehung des Anspruchs. Bei einem Anspruch auf Unterlassung beginnt die Verjährung mit der Zuwiderhandlung. Wird eine Leistung erst durch Kündigung fällig, so beginnt die Verjährung in dem Zeitpunkt, von welchem an die Kündigung zulässig ist.

Beispiel:

A. erhält von B. am 2. 1. 1936 ein Darlehen. Die gesetzliche Kündigungsfrist beträgt 3 Monate. Die Verjährung beginnt in diesem Falle mit Ablauf des 2. April 1936 und endet mit Ablauf des 1. April 1966.

Die zwei- und vierjährige Verjährung beginnt mit dem Schlusse des Jahres, in welchem der Anspruch entstanden ist.

Beispiel:

A. hat dem B. am 1. April 1936 Waren verkauft. Die Verjährung dieses Anspruchs beginnt nicht mit diesem Tage, sondern erst am 31. Dezember 1936. A. kann also den Kaufpreis bis 31. Dezember 1938 einklagen. Erst am 1. Januar 1939 kann B. sich auf die Verjährung berufen.

Hemmung der Verjährung:

Die Verjährung ist gehemmt:

- solange die Leistung gestundet oder der Verpflichtete aus einem anderen Grunde vorübergehend zur Verweigerung der Leistung berechtigt ist;
- solange der Berechtigte durch Stillstand der Rechtspflege innerhalb der letzten 6 Monate der Verjährungsfrist oder durch höhere Gewalt an der Rechtsverfolgung gehindert ist;
- unter Ehegatten für die Dauer der Ehe, zwischen Eltern und Kindern während der Minderjährigkeit der Kinder, zwischen Vormund und Mündel für die Dauer des Vormundschaftsverhältnisses (§§ 202—204 BGB.).

Im Falle der Hemmung „ruht“ die Verjährung, d. h. es wird die Zeit der Hemmung in die Verjährungsfrist nicht mit eingerechnet; ist die Hemmung beseitigt, so läuft die Frist weiter (§ 205 BGB.).

Beispiel:

Zu a) Erfolgte in Eisenbahnangelegenheiten bereits schriftliche Meldung bei der Güterstelle, so ist die Verjährung gehemmt und läuft von dem Tage ab, auf ein Jahr weiter, an welchem ein abschlagiger Bescheid erfolgt ist.

Zu b) Ein Schiffbrüchiger, der, auf eine dem Verkehr entlegene Insel gerettet, länger als 6 Monate an der Besorgung seiner Angelegenheiten in der Heimat verhindert ist.

Zu c) Diese Bestimmung soll die Störung des Friedens zwischen den genannten Personen verhindern.

Unterbrechung der Verjährung:

Die Verjährung wird unterbrochen:

- wenn der Schuldner die Schuld irgendwie anerkennt, durch Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleistung oder in anderer Weise;
- wenn der Gläubiger ernstlich zeigt, daß er den Anspruch nicht aufgibt, indem er Klage erhebt.

Der Erhebung der Klage stehen gleich:

- die Zustellung eines Zahlungsbefehls im Mahnverfahren (soll durch die Zustellung die Verjährung unterbrochen werden, so tritt die Wirkung, wenn die Zustellung demnächst erfolgt, bereits mit der Einreichung oder Anbringung des Gesuchs um Erlassung des Zahlungsbefehls ein — § 693 Abs. 2 ZPO. —);
- die Anmeldung des Anspruchs im Konkurs;
- die Geltendmachung der Aufrechnung des Anspruchs im Prozesse;
- die Streitverkündung in dem Prozesse, von dessen Ausgang der Anspruch abhängt;
- die Vornahme einer Vollstreckungshandlung und, soweit die Zwangsvollstreckung den Gerichten oder anderen Behörden zugewiesen ist, die Stellung des Antrags auf Zwangsvollstreckung (§§ 208, 209, 212 BGB.).

Blocke außergerichtliche Mahnung unterbricht die Verjährung nicht!

Im Falle der Unterbrechung wird die bisher verlaufene Verjährungsfrist nicht mitgerechnet; wird die Unterbrechung beseitigt, so muß die Frist von neuem beginnen (§ 217 BGB.).

Beispiel:

A. hat dem B. am 1. Mai 1936 ein Darlehen gegeben und nicht gekündigt. Im Laufe des Jahres 1940 leistet B. eine Abschlagszahlung. Die Verjährung ist damit unterbrochen und die ganze 30jährige Verjährungsfrist beginnt von neuem zu laufen.

Während im amtsergerichtlichen Prozeß die Klageerhebung bzw. der Antrag auf Bestimmung eines Gültetermins oder Erlaß eines Zahlungsbefehls schon dann die Wirkung der Unterbrechung hat, wenn die Klage bzw. das Gesuch um Erlaß des Zahlungsbefehls beim Gericht eingereicht wird (Voraussetzung ist allerdings, daß die Zustellung der Klage bzw. des Zahlungsbefehls demnächst erfolgt), wird bei einer landgerichtlichen Klage die Verjährung erst durch Zustellung der Klage an den Gegner unterbrochen.

Aufrechnung von verjährten Forderungen:

Eine schon verjährte Forderung kann noch aufgerechnet werden, wenn und soweit sie zu der Zeit, als die Aufrechnung möglich war, noch nicht verjährt war (§ 390 BGB.).

Beispiel:

A. schuldet dem Privatmann B. eine Darlehensschuld von 1000.— RM., die in 30 Jahren verjährt. A. liefert dem B. Waren zum gleichen Preise (dieser Anspruch verjährt in zwei Jahren). Beide lassen nichts voneinander hören, die beiderseitigen Forderungen scheinen ausgeglichen. Nach 10 Jahren klagt B. die noch nicht verjährte Darlehensschuld ein. Nach § 390 BGB. kann A. mit seiner an sich verjährten Forderung aufrechnen.

Die Wirkung der Verjährung:

Durch die Verjährung erlischt die Möglichkeit des zwangsweisen gerichtlichen Einzugs der Forderung. Die Verjährung wird im Wege der Verjährungseinrede geltend gemacht. Der Richter hat die Verjährung nicht von Amts wegen zu berücksichtigen. Wird vom Schuldner die Verjährungseinrede in der mündlichen Verhandlung erfolgreich geltend gemacht, so erfolgt kostenpflichtige Abweisung der Klage. Wird eine Schuld noch nach der Verjährung bezahlt, so kann der Betrag nicht zurückgefordert werden.

Praktische Hinweise:

Um eine Unterbrechung der Verjährung herbeizuführen, empfiehlt es sich, sich ein Anerkenntnis des Schuldners zu besorgen, und zwar dert, daß eine Teilzahlung oder Sicherheitsleistung geleistet wird oder daß der Schuldner die Schuld ausdrücklich schriftlich anerkennt. Ist auf diesem Wege eine Unterbrechung der Verjährung nicht herbeizuführen, dann muß geklagt oder der Erlaß eines Zahlungsbefehls beantragt werden.

Die verschiedenen Verjährungsfristen:

Die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt 30 Jahre (§ 195 BGB.). Diese 30jährige Verjährungsfrist gilt überall da, wo nicht einer der vielen vom Gesetze geschaffenen Ausnahmefälle vorliegt. Der 30jährigen Verjährungsfrist unterliegen u. a. die An-

sprüche aus vollstreckbaren, rechtskräftigen Urteilen, aus Vollstreckungsbefehlen, aus Darlehen, aus vollstreckbarem Vergleich, aus vollstreckbaren Urkunden und der Anspruch, der zur Konkursabelle festgesetzt ist (§ 218 BGB.). Soweit sich die Feststellung auf regelmäßig wiederkehrende erst künftig fällig werdende Leistungen bezieht, bewendet es bei der kürzeren Verjährungsfrist (§ 218 Abs. 2 BGB.). Weitere Verjährungsfristen ergeben sich aus der nachstehend veröffentlichten Verjährungstabelle.

Welche Ansprüche sind unverjährbar!

Unverjährbar sind Ansprüche aus einem familiennrechtlichen Verhältnisse, soweit sie auf die Herstellung des dem Verhältnisse entsprechen-

den Zustandes für die Zukunft gehen, gleichgültig, ob sie gegen einen Familienangehörigen oder gegen Dritte gerichtet sind (§ 194 Abs. 2 BGB.). Weiter sind u. a. unverjährbar die Ansprüche auf Aufhebung einer Gemeinschaft (§ 758 BGB.), auf Auseinandersetzung der Erbengemeinschaft (§ 2042 Abs. 2 BGB.), die Ansprüche aus eingetragenen Rechten (§ 902 Abs. 1 Satz 1, Satz 2 bildet die Beschränkung), sowie Rechte, wegen dessen ein Widerspruch gegen die Richtigkeit des Grundbuchs eingetragen ist (§ 902, Abs. 2 BGB.). Auch die in den §§ 894 — 896 BGB. bezeichneten Ansprüche auf Grundbuchberichtigung (§ 898 BGB.) sowie nachbetrachtliche Ansprüche der in § 924 BGB. aufgeführten Art unterliegen der Verjährung nicht.

Verjährungstabelle

	Art der Forderung:	verjährt in:	Fristbeginn:
Angestelltenversicherung	siehe unter Reichsversicherung		
Anliegsbeiträge	für Straßenherstellung	3 Jahren	Schluss des Rechnungsjahres (31. März)
Arbeiter (Angestellte)	Ansprüche derselben auf Lohn oder Gehalt (§ 196, I Z. 8 und 9 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluss
Baupolizeiliche Vorschriften	Strafverfolgung bei Uebertretung derselben (§ 67 Abs. 3 RSTGB. 37, 38 RGST.)	3 Monaten	mit Abschluss der ordnungsgewidrigen Bau-tätigkeit
Bergschaden	Ersatzansprüche aus Bergschäden (§§ 148, 149 PRABG.), die sich nicht auf Vertrag gründen	3 Jahren	nach Kenntnis von dem Dasein u. dem Urheber des Schadens
Darlehensgeber	Ansprüche derselben auf Rückzahlung (§ 195 BGB.)	30 Jahren	seit Entstehung des Anspruchs
Eigentümer	Ersatzansprüche desselben wegen Veränderung oder Verschlechterung der Sache pp. (§ 1057 BGB.)	6 Monaten	Zeit der Rückgabe
Eisenbahnunternehmungen (Schiffer und Frachtfuhrleute)	Ansprüche derselben (auch der Spediteure) auf Fahrgeld, Fracht pp. (§ 196, I Z. 3 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluss
	Ansprüche derselben auf Nachzahlung zu wenig erhobener Fracht oder Gebühren sowie Ansprüche gegen die Eisenbahn auf Rückerstattung zu viel erhobener Fracht oder Gebühren (§ 470 HGB.)	1 Jahr	mit Ablauf d. Zahlungs-tages
Gastwirte	Ansprüche derselben aus Speisen, Getränken und Wohnung an Gäste einschl. Auslagen (§ 196 I Z. 4 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluss
Gebrauchsmusterschutzrecht	Klagen wegen Verletzung des Gebrauchsmusterschutzrechtes (§ 9 GMSCHG.)	3 Jahren	von Begehung der Verletzung ab
G. m. b. H.			
a) Aufsichtsratsmitglieder	Schadenersatzansprüche gegen diese (§ 52 Abs. II GMBHG.)	5 Jahren	seit Entstehung des Anspruchs
b) Geschäftsführer	Ersatzansprüche gegen denselben wegen Verletzung der Obliegenheiten (§§ 43, 44, 64 GMBHG.)	5 Jahren	grundsätzlich mit Entstehung des Schadens
Genossenschaft			
a) Genossen	Klage des ausgeschiedenen Genossen auf Auszahlung des Geschäftsguthabens (Gen.-Ges. § 74)	2 Jahren	Fälligkeit d. Geschäftsguthabens (also 6 Mon. nach dem Ausscheiden)
b) Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder	Schadenersatzansprüche gegen diese wegen Verletzung ihrer Obliegenheiten (§§ 34, 41 Gen.-Ges.)	5 Jahren	seit Entstehung des Anspruchs
Gerichtskosten	Ansprüche auf Zahlung derselben bzw. auf Rückerstattung (§ 16 Abs. 1 und 2 RKO.)	4 Jahren	Jahresschluss
Gerichtsvollzieher	Anspruch derselben wegen seiner Gebühren und Auslagen (§ 196, I Z. 15 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluss
Geschäftsgläubiger	Ansprüche derselben gegen den früheren Firmeninhaber (§ 26 HGB.) falls nicht nach den allgemeinen Vorschriften die Verjährung früher eintritt	5 Jahren	seit Eintragung des neuen Firmeninhabers in das Handelsregister bzw. seit Bekanntgabe der Geschäftsübergabe mit der Uebergabe
Grundstückskauf	Gewährleistungsansprüche (§ 477 BGB.) bei arglistigem Verschweigen (§ 852 BGB.) ohne Rücksicht auf die Kenntnis	1 Jahr 3 Jahren 30 Jahren	mit Kenntnis
Handlungsgehilfe	Anspruch des Prinzipals gegen den Handlungsgehilfen aus Schadensersatz wegen Verletzung der Pflichten aus § 60 HGB. (§ 61 HGB.) ohne Rücksicht auf die Kenntnis	3 Monaten	mit Kenntnis von dem Abschluss d. Geschäftes
Handwerker	Ansprüche derselben bei Leistung für Privatleute (§ 196, I Z. 1 BGB.) bei Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners (§ 196, II BGB.)	5 Jahren 2 Jahren 4 Jahren	Jahresschluss Jahresschluss
Invalidenversicherung	siehe unter Reichsversicherung		
Kaufleute	Ansprüche derselben bei Leistung für Privatleute (§ 196, I Z. 1 BGB.) bei Leistung für den Gewerbebetrieb des Schuldners (§ 196, II BGB.)	2 Jahren 4 Jahren	Jahresschluss Jahresschluss
Kraftfahrzeughalter	Schadenersatzanspruch gegen denselben (§ 14 Kraftfahrz.-Ges.) ohne Rücksicht auf die Kenntnis	2 Jahren 30 Jahren 2 Jahren	mit Kenntnis Jahresschluss
Makleransprüche (Provision)	a) des gewerbmäßigen Maklers, der kein Kaufmann ist, gegen seinen Arbeitgeber (§ 196, I Z. 7 BGB.) b) des gewerbmäßigen Maklers der Kaufmann ist; 1. wenn er für den Privatvertrieb seines Auftraggebers vermittelt hat 2. wenn er für den Gewerbebetrieb seines Auftraggebers vermittelt hat (§ 196 Z. 1 mit § 196, Abs. II BGB.) c) einer Person, die nicht als Makler gewerbmäßig tätig, gegen seinen Auftraggeber	2 Jahren 4 Jahren 30 Jahren	Jahresschluss Jahresschluss seit Entstehung des Anspruchs

Verjährungstabelle

	Art der Forderung:	verjährt in:	Fristbeginn:
Miete	Ansprüche des Vermieters auf Mietsrückstände (§ 197 BGB.)	4 Jahren	Jahresschluß
Mieter	Ansprüche derselben auf Ersatz von Verwendungen oder auf Gestattung der Wegnahme der Einrichtung (§ 558 BGB.)	6 Monaten	mit Beendigung des Mietverhältnisses
Minderung (Wandlung)	Ansprüche wegen Mängel bei gekauften, beweglichen Sachen (§ 477 BGB.)	6 Monaten	mit der Ablieferung
	Ansprüche auf Wandlung, Minderung, Schadenersatz beim Werkvertrag über Arbeiten an einem Grundstück (§ 638 BGB.)	1 Jahr	mit Abnahme d. Werks
	Ansprüche aus Minderung beim Werkvertrag über ein Bauwerk (§ 638 BGB.)	5 Jahren	mit Abnahme d. Werks
	bei arglistigem Verschweigen (§ 852 BGB.)	3 Jahren	mit Kenntnis
	ohne Rücksicht auf die Kenntnis	30 Jahren	
Offene Handelsgesellschaft (Gesellschafter)	Ansprüche gegen einen Gesellschafter einer OHG. aus Verbindlichkeiten der Gesellschaft (§ 159 HGB.)	5 Jahren	Ende d. Tages, an dem die Auflösung der Gesellschaft oder das Ausscheiden des Gesellschafters in d. Handelsregister eingetragen wird
	Ansprüche der Gesellschaft gegen einen Gesellschafter wegen Verletzung des Wettbewerbsverbots (§§ 112, 326 HGB.)	3 Monaten	seit Kenntnis
	ohne Rücksicht auf die Kenntnis	5 Jahren	seit Entstehung
Pacht	Anspruch des Pächters wegen Pachtstückstände (§ 197 BGB.)	4 Jahren	Jahresschluß
Patentrechtsverletzung	Klagen (nur Zivilklagen) wegen Patentrechtsverletzung (§ 39 Pat.-Ges.)	3 Jahren	vom Tage des widerrechtlichen Herstellens, Inverkehrbringens pp. ab
Postverwaltung	Entschädigungsanspruch an die Postverwaltung (§ 14 Postges.)	6 Monaten	seit dem Tage der Einlieferung der Sendung pp.
Rechtsanwälte	Ansprüche derselben wegen Gebühren und Auslagen gegenüber der Partei (§ 196 Z. 15 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluß
	Ansprüche der Partei gegen den Rechtsanwalt auf Schadenersatz (§ 32 RAO.)	5 Jahren	mit Entstehung des Anspruchs
	aus unerlaubter Handlung (§ 852 BGB.)	3 Jahren	mit Kenntnis
	ohne Rücksicht auf die Kenntnis	30 Jahren	
Reichsversicherung	Anspruch auf Rückstände, soweit nicht absichtlich hinterzogen (§ 29 RVO., § 213 AVG.)	2 Jahren	nach Ablauf des Kalenderjahres der Fälligkeit
	Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen (§ 29 RVO., § 213 AVG.)	6 Monaten	nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem sie entrichtet worden sind
	Anspruch auf Leistungen der Versicherungsträger (§ 29 RVO., § 29 AVG.)	4 Jahren	nach Fälligkeit
	Ansprüche auf Kassenleistungen (§ 223 RVO.)	2 Jahren	nach dem Tage der Entschädigung
	Beiträge, die irrtümlich entrichtet worden sind, können zurückgefordert werden (§ 191 AVG.)	10 Jahren	nach der Entrichtung
	Zuwendungen gegen Strafvorschriften der RVO., für welche die Gerichte nicht zuständig sind (§ 147 RVO.)	1 Jahr	Beginn mit dem Tage, an dem die Handlung begangen ist
	Verjährung endet spätestens in	10 Jahren	
	Zuwendungen gegen Strafvorschriften des Angestelltenversicherungsgesetzes, für welche die Gerichte nicht zuständig sind (§ 336 AVG.)	5 Jahren	Beginn mit dem Tage, an dem die Handlung begangen ist
	Verjährung endet spätestens in	10 Jahren	
	Endgültig verhängte Strafen, die nicht von den Gerichten erkannt sind (§ 148 RVO., § 357 AVG.)	2 Jahren	Beginn mit dem Tage, an dem die Entscheidung endgültig geworden ist
	Verjährung endet spätestens in	4 Jahren	
	Haftung des Unternehmers gegenüber Genossenschaften, Krankenkassen usw. (§ 907 RVO.)	18 Monaten	nach dem Tage, an dem das strafgerichtliche Urteil rechtskräftig geworden ist
	Anspruch auf Ersatz der Fürsorgeträger (§ 1539 RVO.)	6 Monaten	nach Ablauf der Unterstützung
Sachverständige	Ansprüche derselben wegen ihrer Gebühren und Auslagen (§ 196 Z. 17 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluß
Scheckansprüche	a) Rückgriffsansprüche des Inhabers gegen den Indossanten, den Aussteller und die anderen Scheckverpflichteten (Art. 52, Abs. 1, Sch.-Ges. v. 14. 8. 33)	6 Monaten	vom Ablauf der Vorlegungsfrist
	b) Rückgriffsansprüche eines Verpflichteten gegen einen anderen Scheckverpflichteten (Art. 52, Abs. 2 Sch.-Ges.)	6 Monaten	vom Tage, an dem der Scheck von dem Verpflichteten eingelöst od. ihm gegenüber gerichtlich geltend gemacht worden ist
Schuldversprechen	Ansprüche daraus (§ 195 BGB.)	30 Jahren	ab Fälligkeit
Spediteur (siehe auch bei Eisenbahnunternehmungen)	Ansprüche gegen denselben wegen Ablieferungsverzögerung, Beschädigung, Minderung oder Verlust des Gutes (§ 414 HGB.)	1 Jahr	bei Beschädigung oder Minderung mit Ablauf des Tages, der Ablieferung, sonst mit Ablauf des Tages, an dem diese hätte bewirkt sein müssen

Verjährungstabelle

Steuern	Art der Forderung:	verjährt in:	Fristsbeginn:
a) Reichsteuern	Ansprüche 1. auf Zölle und Verbrauchssteuern (§§ 144—149 RAO.) 2. auf die übrigen Steuern 3. auf hinterzogene Steuern	1 Jahr 5 Jahren 10 Jahren	Jahresschluß verjährt solange nicht, bevor die Strafverfolgung und Vollstreckung verjährt sind
	Die übrigen Ansprüche Nach dem St.-A.-Gesetz vom 16. 10. 34 beginnt die Verjährung der Erbschaftsteuer: bei einer Schenkung: nicht vor dem Tod des Schenkers, bei einer Zweckzuwendung unter Lebenden: nicht vor Erfüllung der Verpflichtung. Die Verjährung der Wechselsteuer beginnt mit dem Ablauf des Jahres, in dem der Wechsel fällig geworden ist	1 Jahr	
b) Kommunalsteuern (z. B. Wertzuwachssteuer)	Veranlagte, aber noch rückständige Steuern (§ 88 KAG.) der Steueranspruch selbst (§ 87 KAG.) siehe unter Reichsversicherung	4 Jahren 3 Jahren	Schluß des Rechnungsjahres (31. März) " "
Unfallversicherung	Ansprüche auf Unterlassung oder Schadenersatz wegen unlauteren Wettbewerbs (§ 21 Wettbew.-Ges.)	6 Monaten	seit Kenntnis der Handlung und der Person des Verpflichteten
Vermieter	ohne Rücksicht auf die Kenntnis Ersatzansprüche desselben wegen Veränderung oder Verschlechterung der vermieteten Sache (§ 558 BGB.)	3 Jahren 6 Monaten	mit dem Zeitpunkt der Rückgabe der Sache
Vermieterpfandrecht	an den eingebrachten Sachen des Mieters (§ 561 BGB.)	1 Monat	nach Kenntnis von dem Verlust
Versicherte der Krankenkasse	Ansprüche auf Kassenleistungen (§ 223 RVO.) Beitragsrückstände, soweit sie nicht absichtlich hinterzogen worden sind (§ 29, Abs. 1 RVO.) Anspruch auf Rückerstattung von Beiträgen (§ 29 Abs. 2 RVO.) siehe unter Minderung	2 Jahren 2 Jahren 6 Monaten	Entstehung d. Anspruchs Jahresschluß Jahresschluß
Wandelung	gegen den Annahmer (Art. 70 WG.) das Inhabers gegen den Indossanten und gegen den Aussteller	3 Jahren 1 Jahr	vom Verfalltage ab vom Tage des rechtzeitig erhobenen Protestes oder im Falle des Vermerks „ohne Kosten“ vom Verfalltage ab
Wechselansprüche (Nach dem Wechselgesetz v. 21. 6. 1933)	eines Indossanten gegen andere Indossanten und gegen den Aussteller	6 Monaten	vom Tage, an dem der Wechsel vom Indossanten eingelöst oder ihm gegenüber gerichtlich geltend gemacht worden ist
	auf Herausgabe der Bereicherung (Art. 89 WG.)	3 Jahren	nach dem Erlöschen der Verbindlichkeit
Zeugen	Ansprüche derselben wegen ihrer Gebühren und Auslagen (§ 196, Z. 17 BGB.)	2 Jahren	Jahresschluß
Zinsen	Rückstände (§ 197 BGB.)	4 Jahren	Jahresschluß

Erlasse und Verordnungen

Förderung des Baues von Volkswohnungen Durchführung des Runderlasses vom 4. August 1937 — IVa 7 Nr. 7015—162*

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister, Berlin, den 29. Oktober 1937.
IVa 7 Nr. 7015—170.
Zur Durchführung meines Runderlasses vom 4. August 1937 — IVa 7 Nr. 7015—162 — bestimme ich folgendes:

I. Zinssatz und Höhe der Reichsdarlehen

1. Nach meinen Beobachtungen werden auf Grund der Ermäßigung im Abschnitt IIa meines Runderlasses vom 4. August 1937 — IVa 7 Nr. 7015—162 — allgemein erhöhte Reichsdarlehen von 1500.— RM., meist unter erheblicher Verminderung der reichsverbürgten II. Hypothek, gewährt. Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß die Reichsdarlehen grundsätzlich dazu dienen, die Lücke hinter der II. Hypothek zu schließen und erhöhte Reichsdarlehen nur dann gewährt werden sollen, wenn besondere Schwierigkeiten bei der Finanzierung auf dem freien Kapitalmarkt auftreten. Jedenfalls darf die Möglichkeit der Erhöhung der Reichsdarlehen nicht dazu führen, daß von vornherein auf die Ausschöpfung des vollen Bereichs der II. Hypothek verzichtet wird. Auch der Umstand, daß der niedrigere Zinssatz für das Reichsdarlehen eine Ermäßigung der Miete ermöglicht, rechtfertigt für sich allein die Erhöhung des Reichsdarlehens nicht. Im Zweifelsfalle sollte daher, wenn im übrigen die Voraussetzungen vorliegen, eher durch Senkung des Zinssatzes von drei

v. H. auf 2 v. H., gegebenenfalls auf 1 v. H. als durch Einsatz eines erhöhten Reichsdarlehens entgegengewirkt werden. Denn es ist dabei stets zu berücksichtigen, daß sich durch eine Erhöhung des Reichsdarlehens von 1000.— RM. auf 1500.— RM. die Zahl der zu fördernden Wohnungen um jeweils ein Drittel vermindert.

2. Die längstens fünfjährige Zinsermäßigung ist vom Beginn der Verzinsung an festzusetzen, soweit nicht besondere Gründe einen späteren Zeitpunkt für den Eintritt der Zinsermäßigung rechtfertigen. Für die Aufstellung der Zins- und Tilgungspläne ist es erwünscht, daß die Ermäßigung möglichst mit Ablauf eines Kalenderhalbjahres endet.

3. Wird eine Zinsermäßigung nachträglich ausgesprochen, so hat die Bewilligungsbehörde zu dem bereits ausgetragten Bewilligungsbescheid einen Ergänzungsbescheid zu erteilen. Darin ist die Verpflichtung zur verstärkten Tilgung nach Abdeckung der anderen Belastungen gemäß Abschnitt II des Runderlasses vom 4. August 1937 — IVa 7 Nr. 7015 bis 162 — aufzunehmen. Die nachträgliche Zinsermäßigung muß tatsächlich eine entsprechende Senkung der Miete zur Folge haben.

4. Bei der Berechnung der für die Gewährung einer Zinsermäßigung maßgebenden Wohnfläche kann die durchschnittliche Größe aller Wohnungen eines Bauvorhabens berücksichtigt werden. Zur Wohnfläche rechnen nur die Küche und die Wohn- und Schlafräume. Nicht darunter fallen dagegen die Nebenräume, z. B. Flur, Abstellräume, Waschküche, Abort (vgl. Antragsformblatt, Fußnote auf S. 1.).

II. Grenze der Herstellungskosten

1. Bei der Berechnung der Herstellungskosten sind grundsätzlich auch diejenigen Leistungen, die auf die Mielpreisgestaltung ohne Einfluß sind, in Ansatz zu bringen. Soweit die Grenzen der Herstellungskosten nur um den in Rechnung gestellten Betrag für etwaige Selbsthilfe überschritten werden, können die Bewilligungsbehörden von sich aus diese Überschreitung zulassen. Soweit es sich um verlorene Zuschüsse handelt, be-

*) Wortlaut in Nr. 34 uns. Ztg. v. 26. August 1937 S. 288.

halte ich mir die Entscheidung vor. Bei Gewährung der Ausnahmen ist darauf zu achten, daß die höheren Aufwendungen nicht durch eine unberechtigte Preissteigerung aufgezehrt werden, sondern in erster Reihe zu einer Vergrößerung der Wohnfläche führen.

2. Dem Zusatzdarlehn für kinderreiche Familien kommt in der Regel eine doppelte Aufgabe zu. In erster Reihe dient es dazu, die entsprechenden größeren Wohnfläche und höheren Baukosten breitere Finanzierungsmöglichkeiten zu schaffen. Daneben führt es, das es zinslos gewährt wird, zu einer Ermäßigung der Miete. Für die Unterbringung kinderreicher Familien sind stets entsprechend größere Wohnungen anzustreben. Da jedoch das Einkommen kinderreicher Familien nicht immer größer ist, die Kosten des Lebensunterhaltes aber auf alle Fälle höher sind als bei nicht kinderreichen Familien, habe ich davon abgesehen, die Gewährung eines Zusatzdarlehns davon abhängig zu machen, daß ein weiterer Raum vorgesehen wird. Es kann also notfalls auch lediglich dazu eingesetzt werden, um die Miete einer kinderreichen Familie soweit als möglich zu senken.

Wird bei Gewährung eines Zusatzdarlehns eine entsprechend größere Wohnung hergestellt, so kann bei dieser Wohnung, soweit es im Einzelfall erforderlich erscheint, die Grenze der Herstellungskosten um einen Betrag bis zur Höhe des Zusatzdarlehns überschritten werden. Diese Erhöhung der Herstellungskosten darf aber nicht dazu führen, daß die Miete das tragbare Maß überschreitet. Vor allem sind bei Überschreitung der Grenze von 5000,— RM, nach wie vor die in diesem Falle für die Mieten festgesetzten Höchstgrenzen einzuhalten.

III. Zahlung, Verzinsung und Tilgung der Reichsdarlehen

1. Verschiedentlich ist beantragt worden, allgemein die Zahlung einer Zwischenrate zuzulassen. Hierzu liegt nach den bisherigen Erfahrungen keine Notwendigkeit vor. Nach meinem Runderlaß vom 16. Dezember 1935 — IV 10 Nr. 7015—33 — ist die Zahlung der zweiten (letzten) Rate allein von der Fertigstellungsbescheinigung abhängig, so daß bei fristgemäßem Abbruch dieser Rate über das übliche Maß hinausgehende Zwischenrückkosten nicht zu erwarten kommen. Soweit etwa in Einzelfällen besondere, von dem Bauherrn nicht zu vertretende Umstände eine außergewöhnliche Verzögerung der Fertigstellung des Bauvorhabens herbeiführen und die Auszahlung einer Zwischenrate zur Vermeidung von Mehrkosten notwendig werden sollte, war die Deutsche Bau- und Bodenbank AG. schon bisher ermächtigt, nach Prüfung der Verhältnisse ausnahmsweise eine Zwischenrate von 30 v. H. zu zahlen. Die Voraussetzungen für diese Ausnahme sind durch eine Bescheinigung der Bewilligungsbehörde nachzuweisen. Von der Ausnahmemöglichkeit soll jedoch nur in besonders dringenden Fällen und nach sorgfältiger Prüfung Gebrauch gemacht werden.

Wird eine Zwischenrate gezahlt, so ist das Hauptdarlehn vom Ersten des Monats an, der auf diese Zahlung folgt, in Höhe der gezahlten Beträge zu verzinsen. Das Hauptdarlehn und das Zusatzdarlehn sind dann vom 1. Januar des auf diesen Zeitpunkt folgenden Kalenderjahres an zu tilgen. Soweit bisher in Einzelfällen Zwischenraten gezahlt sind, beginnt die Verzinsung und Tilgung spätestens am 1. Januar 1938.

IV. Reichsbürgschaft

1. Nach meinen Bescheidungen wird auch bei den Volkswohnungen der Reichsdarlehnsraum noch nicht immer restlos ausgenutzt. Ich bitte daher auch hier, den Reichsbank AG. bei der Bereid der Hypothek möglichst voll ausgeschöpft wird. Auf mein Rundreiben vom 14. Juli 1937 — IV a 3 Nr. 5157/37 — (Reichsbauheft S. 1 176), das auch für Volkswohnungen gilt, nehme ich Bezug.

2. Den vorletzten Absatz meines Runderlasses vom 25. März 1937 — IV a 7 Nr. 7015—59 — ergänze ich dahin, daß die Deutsche Bau- und Bodenbank AG. die Bürgschaftsvorbescheide den Antragstellern unmittelbar zustellen kann. Die Bank übersendet gleichzeitig der Bewilligungsbehörde eine Abschrift.

V. Bewilligungsbescheide

1. Im allgemeinen sind die Bestimmungen meiner Runderlasse in der rückliegenden Zeit eingehalten worden. Ich sehe deshalb künftig von der Vorlage von Abschriften der Bewilligungsbescheide an mich ab.

Die Deutsche Bau- und Bodenbank AG. hat die ihr zugehenden Bescheidabschriften zu prüfen und gegebenenfalls meine Entscheidung einzuholen. Um die mir von der Bank vorzulegenden Fälle auf ein Mindestmaß zu beschränken, hält die Bank, wenn sie Abweichungen von den Bestimmungen feststellt oder sonstige Bedenken gegen die Auszahlung des Reichsdarlehns hat, zunächst unmittelbar Rückfrage bei der Bewilligungsbehörde.

Soweit die Bewilligungsbescheide Ausnahmen nach den Abschnitten 1b und 11a, IV und V meines Runderlasses vom 4. August 1937 — IV a 7 Nr. 7015—62 — enthalten, sind die Ausnahmen kurz zu begründen.

2. In den Bewilligungsbescheiden sind die Größe der Wohnungen und der Bauherr anzugeben. Ferner muß aus ihnen stets ersichtlich sein, wieviel kinderreiche Familien untergebracht werden sollen und in welcher Höhe jeweils die Zusatzdarlehen bewilligt sind.

3. Zur Vermeidung von Mißverständnissen ist von der Erteilung eines Vorbescheides über die Bewilligung eines Reichsdarlehns Abstand zu nehmen.

4. Die Bewilligungsbescheide für Bauvorhaben im Rahmen des Vierjahresplans sind auf der ersten Seite rechts oben durch einen Vermerk „Vierjahresplan“ in Rotschrift besonders zu kennzeichnen.

VI. Formblätter

1. Die durch meinen Runderlaß vom 16. Dezember 1935 — IV 10 Nr. 7015—33 — herausgegebenen Formblätter sind der inzwischen ein-

getretenen Aenderung der Bestimmungen angepaßt worden. Für die Bewilligungsbehörden liegt je ein Muster bei. Die bisherigen Formblätter können aufgebraucht werden; sie sind je nach den Erfordernissen des Einzelfalles zu bereinigen und zu ergänzen, namentlich auch hinsichtlich der verstärkten Tilgung.

2. Um die Uebersicht bei der Verwaltung, Zahlung und Prüfung zu erleichtern, ordne ich an, daß bei Neudruck der Formblätter blaues Papier in dem Farbton der Anlagen zu verwenden ist. Vorhandene Formblätter sind auf der ersten Seite oben und unten in voller Breite durch einen blauen Streifen zu kennzeichnen. Wegen der Drucklegung und des Vertriebs der Bestimmungen und Formblätter über die Volkswohnungen verweise ich auf meinen Runderlaß vom 16. Dezember 1935 — IV 10 Nr. 7015—33 — letzter Absatz.

VII. Schlussabrechnung

1. Ueber jedes durchgeführte Bauvorhaben ist von dem Bauherrn spätestens bis zum Ablauf von sechs Monaten nach der bußpolizeilichen Gebrauchsnahme (Bezugsfertigkeit) eine Schlussabrechnung aufzustellen und zur Nachprüfung durch die Bewilligungsbehörde bereitzustellen. Der Bauherr hat der Bewilligungsbehörde die Fertigstellung der Schlussabrechnung anzuzeigen.

2. Die äußere Form der Schlussabrechnung wird im allgemeinen dem Bauherrn überlassen. Für die in dem Bewilligungsbescheid vorgesehenen Kostenabschnitte sind jedoch besondere Rechnungsabschnitte zu bilden. In jedem Falle muß sichergestellt sein, daß die Abrechnung alle für das Vorhaben entstandenen Ausgaben in übersichtlicher Form nachweist und daß für alle Ausgaben ordnungsmäßige Rechnungsbelege vorhanden sind.

3. Die Schlussabrechnungen sind von dem Bauherrn aufzubewahren und auf Verlangen dem Reichs- und Preussischen Arbeitsminister, dem Rechnungshof des Deutschen Reichs, der Bewilligungsbehörde oder einer von diesen bestimmten Stelle vorzulegen.

4. Den Bewilligungsbehörden obliegt die sachliche und rechnerische Prüfung der Schlussabrechnungen. Die Entscheidung darüber, in welchem Umfang Schlussabrechnungen zur Nachprüfung von dem Bauherrn einzuordnen sind, bleibt ihrem pflichtmäßigen Ermessen überlassen. Die Prüfung ist in der Weise vorzunehmen, daß zunächst festgestellt wird, ob die Schlusszahlen der einzelnen Rechnungsabschnitte mit dem Bewilligungsbescheid übereinstimmen und die Kosten in angemessenen Grenzen geblieben sind. Ergibt sich hierbei keine Beanstandung, so genügt es, daß in der Abrechnung und in den Belegen Stichproben gemacht werden. Werden hierbei aber erhebliche Unstimmigkeiten festgestellt, so ist die gesamte Abrechnung zu prüfen.

5. Die Bewilligungsbehörden haben die Aufstellung der Schlussabrechnungen über die in ihrem Bezirk geförderten Volkswohnungsbauten zu überwachen. Sie sind verpflichtet, hierüber eine Uebersicht zu führen, aus der ersichtlich ist, ob die Schlussabrechnung aufgestellt und ob sie von der Bewilligungsbehörde geprüft und ob auf die Prüfung verzichtet worden ist.

6. Ich behalte mir vor, von Zeit zu Zeit eine Nachweisung über den Stand der Schlussabrechnungen sowie der Nachprüfungen einzufordern oder die Nachprüfung örtlich durchführen zu lassen.

Soweit der Rechnungshof des Deutschen Reichs Prüfungen vornimmt, werden seine Prüfungsbemerkungen unmittelbar der Bewilligungsbehörden und gegebenenfalls auch der Deutschen Bau- und Bodenbank AG. mitgeteilt werden. Die Antwort ist dem Rechnungshof ebenfalls unmittelbar zuzuleiten.

VIII. Sonstige Bestimmungen

1. Im Hinblick auf die Zweckbestimmung der bereitgestellten Mittel, für die minderbemittelten Bevölkerungskreise guten und billigen Wohnraum zu tragbaren Mieten zu schaffen, bin ich nicht einverstanden, daß bei der Errichtung von Altesheimen auch Einraumwohnungen gefördert werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch, daß gleichzeitig Gemeinschaftsräume vorgesehen sind und daß die Wohnungen nur solchen Personen zugewiesen werden, die für den allgemeinen Wohnungsmarkt geeignete Altwohnungen freimachen. Da eine Einraumwohnung durchschneidlich geringere Herstellungskosten erfordert, soll auch nur ein entsprechend geringerer Betrag als Reichsdarlehn zur Verfügung gestellt werden.

2. Zur erfolgreichen Durchführung der landwirtschaftlichen Erzeugungsschlacht im Rahmen des Vierjahresplans ist es unbedingt notwendig, daß die Landarbeiterwerkwohnungen, die zurzeit in erheblicher Zahl von Volksgenossen bewohnt werden, die in der Landwirtschaft nicht tätig sind, geräumt und ihrer eigentlichen Zweckbestimmung wieder zugeführt werden. Die Errichtung von Volkswohnungen als Ersatzwohnungen für diese Familien ist daher vordringlich mit allen Mitteln zu fördern.

3. Ich bin — für Preußen im Einvernehmen mit dem Herrn Preussischen Finanzminister — damit einverstanden, daß bei Volkswohnungen, die in Einfamilienhäusern (gegebenenfalls mit Einliegerwohnung) errichtet werden, für Räume zu dauerndem Aufenthalt von Menschen eine lichte Raumhöhe bis mindestens 2,20 m zugelassen wird, soweit dies die örtlichen Verhältnisse rechtfertigen.

4. Die Wohnungstrennwände sollen in der Regel 25 cm stark in Vollziegelmauerwerk oder bei geringerer Wandstärke mindestens entsprechend schallhemmend ausgeführt werden. Hierauf hat die Bewilligungsbehörde bei der technischen Prüfung besonders zu achten.

Im Auftrage: Dr. K n o l l.

*) Hier nicht wiedergegeben.

Reichsheimstättenrecht; Genehmigung zur Belastung von Reichsheimstätten

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister. Berlin, den 22. Oktober 1937.
IV b 7 Nr. 1001/237.

Nach § 17 Abs. 2 des Reichsheimstättengesetzes können Hypotheken und Grundschulden auf Reichsheimstätten grundsätzlich nur in der Form von unkündbaren Tilgungsschulden eingetragen werden. Die Eintragung von Hypotheken und Grundschulden in anderer Form bedarf der Zustimmung der obersten Landesbehörde. Das nach Ziffer IX der Preussischen Ausführungsbestimmungen vom 23. April 1924 erforderliche ministerielle Genehmigungsschreiben ist durch Erlaß des früheren Preussischen Ministers für Volkswirtschaft vom 23. Dezember 1925 — II 3 Nr. 1233 — auf die Regierungspräsidenten übertragen.

Ob Tilgungshypotheken und Tilgungsgrundschulden, deren Kündigung nur beim Eintritt von Umständen zulässig ist, auf d'e lediglich der Schuldner Willkür hat, die also der Willkür des Gläubigers entzogen sind, als unkündbar im Sinne des § 17 Abs. 2 anzusehen sind, ist nicht ganz unzweifelhaft. Durch Erlaß des früheren Preussischen Ministers für Volkswirtschaft vom 5. Juni 1931 — II 1001/15. 5. — ist jedoch bereits zum Ausdruck gebracht, daß keine Bedenken bestünden, die Genehmigung zur Eintragung solcher Hypotheken zu erteilen, wenn der Geldgeber dies zur Bedingung mache. Um aber Erschwernisse bei der Beleihung von Reichsheimstätten, die sich aus der verschiedenen Auffassung über das Erfordernis einer Zustimmung zur Belastung durch die Regierungspräsidenten ergeben könnten, zu vermeiden und das Verfahren zu vereinfachen und zu vereinfachen, lasse ich hiermit gemäß § 17 Abs. 2 Satz 2 des Reichsheimstättengesetzes allgemein zu, daß auf Reichsheimstätten Hypotheken und Grundschulden eingetragen werden, die grundsätzlich unkündbar und regelmäßig zu tilgen sind, bei denen aber die Kündigung für bestimmte, der Willkür des Gläubigers entzogene Tatbestände vorbehalten ist. Zweifel, ob die Zustimmung der Regierungspräsidenten zur Eintragung von solchen Hypotheken erforderlich ist, bei denen die Kündigung z. B. für den Fall vorbehalten ist, daß der Schuldner mit der Verzinsung oder Tilgung in Verzug gerät oder in Konkurs fällt, oder für den Fall, daß der Schuldner aus anderen, nicht herbeizuführenden Tatsachen, erliegen sich also durch die hiermit erteilte Genehmigung zur Eintragung dieser Hypotheken.

Mein Rundverlaß vom 7. Januar 1937 — IV b 7 Nr. 1050 Schles. 83 — bleibt hierdurch unberührt.

Im Auftrag:
Dr. Knoll.

Erlaß über die Bildung eines Reichsausschusses für das gemeinnützige Wohnungswesen

Auf Grund des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über das Siedlungs- und Wohnungswesen vom 4. Dezember 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 1225) bestimme ich folgende:

Das gemeinnützige Wohnungswesen im Sinne der Gemeinnützigkeitsverordnung (Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1. Dezember 1930 Siebenter Teil Kapitel III — Reichsgesetzbl. I S. 517, 593) untersteht meiner Aufsicht. Hierzu gehören einerseits die als Organe der staatlichen Wohnungspolitik anerkannten Unternehmen, in erster Reihe also die Heimstätten (Treuhänderstellen für Wohnungs- und Kleinsiedlungswesen), die Treuhänderstellen für bergmannssiedlungen und andererseits die gemeinnützigen Wohnungsentnehmen, die im Hverband Deutscher Wohnungsentnehmen (Baugenossenschaften und -gesellschaften) e. V. in Berlin zusammengeschlossen sind. Diesen Unternehmen wird künftig in ganz überwiegend Maße die Durchführung des Arbeiterwohnstättenbaues und der sonstigen vom Reich, von den Ländern und den Gemeinden zu fördernden Maßnahmen auf dem Gebiete des Wohnungsbaues obliegen. Die Regelung ihrer Angelegenheiten und das Verfahren, das sie bei der Ausführung ihrer Aufgaben zu beachten haben, erlaube ich daher in erhöhtem Maße die enge Verbindung der zuständigen Reichsstellen mit den zur Durchführung dieser Aufgaben berufenen Unternehmen. Die Reichsregierung muß daher größten Wert darauf legen, über die zugrunde zu legenden tatsächlichen Verhältnisse und die zweckmäßigsten Wege zur Erreichung ihrer wohnungspolitischen Ziele möglichst eingehend und rechtzeitig unterrichtet zu werden. Zu diesem Zwecke bestimme ich hiermit einen Reichsausschuß für das gemeinnützige Wohnungswesen. Der Ausschuß sollen Personen angehören, die im gemeinnützigen Wohnungswesen besonders erfahren sind. An den Arbeiten und Verhandlungen des Reichsausschusses werde ich selbst und durch meine Beauftragten teilnehmen, ich werde ferner andere Behörden, die an den Aufgaben des gemeinnützigen Wohnungswesens beteiligt sind, um ihre Mitarbeit bitten. Den Vorsitz übernehme ich selbst oder der von mir dazu Beauftragte. Im übrigen werde ich den Erlaß über den Ständigen Siedlungsbeirat vom 26. Januar 1935 (Reichsarchivbl. S. 32) sinngemäß anwenden.

Ich behalte mir vor, die Öffentlichkeit über den Verlauf und die Ergebnisse der Arbeiten des Reichsausschusses zu unterrichten.

Die Mitglieder des Reichsausschusses werden von mir berufen und abberufen; sie üben ihr Amt als Ehrenamt aus. Bezüge oder Entschädigungen aus der Reichskasse werden ihnen nicht gewährt.

Berlin, den 2. November 1937.

Der Reichs- und Preussische Arbeitsminister:
Franz Seidle.

Verordnung über die allgemeine baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten. Vom 8. November 1937

(Reichsgesetzbl. I S. 1177)

Auf Grund des Gesetzes über einstweilige Maßnahmen zur Ordnung des deutschen Siedlungswesens vom 3. Juli 1934 (Reichsgesetzbl. I S. 568) wird verordnet:

§ 1

(1) Ueber die baupolizeiliche Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten bestimmt, wenn diese allgemein für das Reich oder für Teile des Reiches ausgesprochen werden soll, der Reichsarbeitsminister; im übrigen gelten bis auf weiteres die landesrechtlichen Vorschriften.

(2) Die allgemeine Zulassung durch den Reichsarbeitsminister läßt die Zuständigkeit der Baugenehmigungsbehörden zur verantwortlichen Prüfung im Einzelfall unberührt.

(3) Der Reichsarbeitsminister kann seine Befugnisse auf andere Behörden übertragen.

§ 2

Für die Zulassung durch den Reichsarbeitsminister sind Verwaltungsgebühren zur Reichskasse zu entrichten. Die Preussische Verwaltungsgebührenordnung vom 19. Mai 1934 (Gesetzsammlung S. 261) in der Fassung der Verordnung vom 24. März 1936 (Gesetzsammlung S. 84) findet entsprechende Anwendung.

§ 3

Der Reichsarbeitsminister erläßt die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

§ 4

Die Verordnung tritt am 1. Januar 1938 in Kraft.
Berlin, den 8. November 1937.

Der Reichsarbeitsminister.
In Vertretung:
Dr. Krohn.

Handhabung der Baupolizei

Rundverlaß des Preussischen Finanzministers vom 9. November 1937 — Bau 2000/9. 11. —

Berichte und Erfahrungen in Baupolizeiangelegenheiten geben mir Anlaß, für die Handhabung der Baupolizei auf folgende Gesichtspunkte hinzuweisen und um strengste Beachtung zu ersuchen:

1. Geschäftsverteilung bei den Landratsämtern

Der Landrat als Baugenehmigungsbehörde darf nicht die gesamte Zeichnung der Baugenehmigungsangelegenheiten, wie das vielfach üblich geworden ist, dem Kreisoberinspektor überlassen. Vielmehr muß der Landrat grundsätzlich die Schlusszeichnung von Genehmigungs- und Ablehnungsbescheiden sich selbst vorbehalten und darf nur für die weniger bedeutungsvollen Angelegenheiten, die des Näheren zu umreißen sind, seinen Beamten die abschließende Zeichnung überlassen. Steht dem Landrat ein Regierungssachverwalter für die Geschäfte der Kreispolizeibehörde zur Verfügung, so kann der Kreis der Geschäfte, um den sich der Landrat persönlich als Baugenehmigungsbehörde entlasten will, erweitert werden. Jedoch bleibt der Landrat auch in diesen Fällen für die ordnungsmäßige Erledigung der Baugenehmigungsgeschäfte verantwortlich.

2. Aufsicht der Kreispolizeibehörde

Soweit die Baupolizeigeschäfte den Ortspolizeibehörden verbleiben sind (vgl. RdErl. d. PrFinMin. v. 10. 2. 1934, betr. Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über baupolizeiliche Zuständigkeiten unter Ziff. 3 — MBIV, S. 253/vgl. uns. Ztg. Nr. 14/5. 4. 34), ist in größerem Umfang und in ständiger Weise, als es im allgemeinen geschehen ist, von der staatlichen Aufsicht Gebrauch zu machen. Sobald den Landräten aus der Bearbeitung der baupolizeilichen Geschäfte oder durch sonstige Wahrnehmungen bekannt wird, daß die Ortspolizeibehörden die örtlichen Baupolizeigeschäfte nicht oder nicht ordnungsmäßig wahrnehmen, haben sie unverzüglich zur sorgfältigen Beachtung der Vorschriften anzuhalten und bei Gefahr im Verzuge unmittelbar selbst einzugreifen. Dies gilt namentlich für die laufende (außerordentliche) Überwachung baulicher Anlagen, die in der Entstehung begriffen sind (vgl. unten zu Ziff. 3 b).

3. Aufgaben der örtlichen Baupolizeibehörde

Die Wahrnehmung der örtlichen Baupolizeigeschäfte erfordert vor allem folgende Maßnahmen:

a) Feststellung ungenehmigter Bauten

Sobald den örtlichen Polizeiorganen bekannt wird, daß in ihrem Polizeibezirk Bauten begonnen haben — sei es durch Eingang einer Baubeginnanzeige, sei es durch eigene Wahrnehmungen —, haben sie sofort festzustellen, ob eine Baugenehmigung oder Bauanzeige für diesen Bau vorliegt. Bauten, die ohne die vorgeschriebene Baugenehmigung begonnen werden, sind grundsätzlich sofort zu verhindern, ggf. durch polizeiliche Verfügung stillzulegen. Erscheint es aus öffentlichen Gründen nicht angängig, den Fortgang der Bauarbeiten oder die Benutzung ungenehmigter Bauten zu verhindern, so ist ungesäumt der Kreispolizeibehörde (Landrat) — bei Gefahr im Verzuge fernmündlich — zu berichten, damit diese die nach Lage der Dinge erforderlichen Maßnahmen ergreifen, insbesondere auf die Einreichung der Bauunterlagen hinwirken kann. Je nach der Bedeutung des Einzelbaues kann es auch notwendig werden, daß die Kreispolizeibehörde auch den zuständigen Regierungspräsidenten sofort unterrichtet.

b) Laulende Ueberwachung

Bauten, die auf Grund einer Baugenehmigung aufgeführt werden, sind während des Baues laufend zu überwachen und in angemessenen Fristen je nach der Bedeutung des Baues, im allgemeinen alle zwei Wochen, nicht nur auf die Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften, sondern besonders auch daraufhin zu prüfen, ob die Bauten entsprechend der genehmigten Bauzeichnung ausgeführt und ob die im Bau-schein oder in besonderen Befreiungsbescheiden bestimmten Bedingungen eingehalten werden. Die Vornahme dieser Prüfungen setzt technische Kenntnisse voraus und ist daher nach Möglichkeit durch technisch vorgebildete Beamte oder Angestellte vorzunehmen. Wo solche nicht zur Verfügung stehen, ist das Staatsoberhaupt nach Maßgabe der Ziff. 9 der Ausführungsbestimmungen vom 10. 2. 1934 (MBlV. S. 253/vgl. uns. Ztg. Nr. 14/5, 4. 34) darum anzufragen, wie technisch vorgebildeten Kräften hierfür zur Verfügung zu stellen. Ist das Kreisbauamt als Beratungsstelle der Baugenehmigungsbehörde bestellt, so ist dieses (über die Kreispolizeibehörde) entsprechend in Anspruch zu nehmen. Vgl. hierzu auch die RdErl. v. 22. 3. 1910 — und vom 14. 11. 1925 — Volkswohlfahrt S. 445 —.

c) Abnahmen durch die Ortspolizeibehörden

Besondere Sorgfalt ist bei den sog. „fliegenden Bauten“ notwendig. Solche Bauten sind nach dem Erlaß vom 6. 2. 1928 — vgl. uns. Zeitung Nr. 25/28, 3. 28 — und Wanderzirkusse nach dem Erlaß vom 16. 2. 1921 — Volkswohlfahrt S. 135 — von einer Baugenehmigung im Einzelfalle befreit, wenn für sie ein von einer Baugenehmigungsbehörde ausgestelltes Revisionsbuch mit genehmigter Bauzeichnung vorgelegt wird und die Baupolizeibehörde die Benutzung der Anlagen erlaubt. Vor Erteilung dieser Erlaubnis hat die Ortspolizeibehörde die Uebereinstimmung des Bauwerkes mit der genehmigten Bauzeichnung festzustellen und etwaige Beanstandungen im Revisionsbuch zu vermerken. Diese Feststellungen können bei der außerordentlichen Gefährlichkeit dieser Bauten und der meist recht schwierigen statischen Konstruktion stets nur durch eine fachlich vorgebildete Person erfolgen. Kommt diese nicht zu dem Ergebnis, daß der Bau mit der genehmigten Zeichnung übereinstimmt und sorgfältig und unter Benutzung der genehmigten Baustoffe angeführt, so ist die Benutzung der Anlage auf jeden Fall zu verhindern.

d) Tribunale

Tribünen dürfen nach dem RdErl. des Reichsführers H. als Chef der Deutschen Polizei vom 24. 4. 1937 — MBlV. S. 699/vgl. uns. Zeitung Nr. 19/13, 5. 37 — nur dann benutzt werden, wenn der Ortspolizeibehörde die schriftliche Baugenehmigung und Gebrauchsbefreiung der Baugenehmigungsbehörde unter Angabe der zugewiesenen Personalausstattung vorgelegt worden ist. Andernfalls ist eine Benutzung der Tribüne auf jeden Fall mit polizeilichem Zwang zu verhindern. Wegen der besonderen technischen Erfordernisse einwandfreier Tribünenbauten ergeht demnach nach besonderer Erlaß.

4. Wehrmachtsbauten

Es besteht Veranlassung, erneut auf die Beachtung meines RdErl. v. 14. 12. 1934 — V. 18. 2001/27 — (nicht veröffentlicht) hinzuweisen. Danach sind nur die sog. Landesverteidigungsbauten, also Festungen, Spernanlagen, Fliegerhorste u. ä., von der baupolizeilichen Mitwirkung befreit. Alle anderen militärischen Bauten stehen dagegen in baupolizeilicher Hinsicht gewöhnlichen Bauten bzw. der Reichs- und Landesbauten gleich. Sollen trotzdem militärische Bauten ohne Baugenehmigung begonnen oder in Gebrauch genommen werden, so ist, falls die Regierungspräsidenten nicht von sich aus die notwendige Ordnung herstellen können, an mich zu berichten. Im übrigen ergeht hierzu demnach nach besonderer Erlaß.

Diesen Erlaß gilt sinngemäß für die Ortspolizeibehörden der Stadtkreise im Rahmen ihrer Zuständigkeit gemäß § 1 Abs. 1 des Gesetzes über baupolizeiliche Zuständigkeiten v. 15. 12. 1933 — P-Ges. S. 491 — und für solche kreisangehörigen Städte, Ämter u. dgl., denen ich durch besonderen Erlaß gem. § 1 Abs. 2 a. a. O. die Zuständigkeiten als Baugenehmigungsbehörde übertragen habe.

P o p i t z.

Zweite Änderung der Ausführungsverordnung zum Baugesetz vom 10. November 1937

Die Ausführungsverordnung zum Baugesetz vom 10. August 1932 (GBl. S. 189) wird wie folgt ergänzt:

Hinter § 3 wird folgender § 3a eingefügt:

§ 3 a

Bezirkskriterien

(1) Der zuständige Bezirkskriterien ist in allen Fällen, in denen veterinärhygienische Fragen berührt werden, gütlichlich zu hören.

(2) Sein Gutachten ist besonders herbeizuziehen bei der Errichtung sowie bei größeren Um- oder Ergänzungsbauten von Schlachthöfen, Freibänken, Fleischereien, Schlachthanlagen, Milchhöfen, Molkereien, Abdeckereien und ähnlichen Anlagen, ferner bei umfänglichen Stallbauten, bei der Bewilligung von Ausnahmen von Vorschriften der §§ 109 und 137 des Gesetzes und bei wesentlichen Abweichungen von den vom vormaligen Wirtschaftsministerium herausgegebenen Richtlinien für Stallbauten oder den an ihre Stelle tretenden Vorschriften.

Dresden, am 10. November 1937.

Der Reichsstatthalter in Sachsen

— Landesregierung —

Ministerium des Innern.

Für den Minister: Kunz.

Wettbewerbe

Neustrelitz. Neubau der Städtischen Sparkasse. Unter den im Gangelbeil Mecklenburg geborenen oder seit dem 1. August d. Js. dort ansässigen Architekten, die Mitglieder der Reichskammer der bildenden Künste sind, und drei besonders eingeladenen Architekten hat die Stadtverwaltung Neustrelitz einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für den Neubau der Städtischen Sparkasse ausgeschrieben. Ein 1. Preis in Höhe von 1500.— RM., ein 2. Preis in Höhe von 1000.— und zwei 3. Preise zu je 600.— RM. sind vorgesehen. Reichstatthalter Gualt. Hildebrandt, Schwerin; Staatsminister Dr. Scharf, Schwerin; Oberbürgermeister Heyden, Neustrelitz; Ortsgruppenleiter Kienitz-Gerloff, Neustrelitz; Bankdirektor Lüders, Schwerin; Regierungsbaureisend. Schmidt, Neustrelitz; Stadtbaurat Warnick, Schwerin; Regierungsbaureisend. Ludwigs, Schwerin; Architekt Köberich, Schwerin und Stadt, Baurat Schmidke, Neustrelitz, gehören dem Preisgericht an. Ersatzpreisrichter sind Kreisleiter Schönnenbeck, Neubrandenburg; Regierungs-Direktor Preis, Schwerin, und Baumeister Heberl, Schwerin. Die Vorprüfung nimmt Stadtbauinspektor Zimmermann vor. Bis zum 15. Januar 1938, 12 Uhr, müssen die Entwürfe beim Stadtbauamt eingegangen sein; von dort sind auch die Wettbewerbsunterlagen gegen Einsendung von 3.— RM. zu erhalten.

Fragekasten

Frage Nr. 60. (Schlechtes Ziehen der Schornsteine.)

Bei einem kurz vor dem Kriege erbauten Hause (4 Stock hoch) ziehen die Schornsteine seit Fertigstellung des Baues nicht richtig. Werden aber die Fenster der Wohnungen geöffnet, lassen die Beschwerden nach. Mängel in bezug auf Überlastung der Schornsteine oder nicht richtiges Anschließen der Öfen und Herde sind nicht gefunden worden. Das Haus ist einseitig angebaut und das höchste in der Straße. Abhilfe zu schaffen, ist auch schon mit Schornsteinaufsätzen einer bekannten Sonderfirma versucht worden, die sich jedoch nicht bewährt haben. Zur Zeit befinden sich in der Nähe mit seitlichen Armen auf den Schornsteinen, etwa 1,50 m über First ragend, die Nachbargebäude mit etwa 1 m tieferen haben die Mieter keine Klagen über schlechten Rauchzug. Ich bitte um Vorschläge, wie in diesem Falle Abhilfe geschaffen werden kann. R. L., St.

2. Antwort auf Frage Nr. 57. (Tagelohnarbeiten nach der VOB.)

Es liegt der leider so oft anzutreffende Fall unzureichender Abmachungen und Festlegungen vor. Nach DIN 1960 § 5, Absatz 3 ist in der VOB, angegeben, daß Vergütung nach Arbeitszeit festzulegen ist, insbesondere die Höhe der Geschäftskosten. In dem zu gewährenden Stundenlohn, welcher Unkosten in sich schließt, war festzulegen, welche Unkosten der jetzt nur ständigen Art einzuschließen waren. — In DIN 1961, 153 ist weiterhin angegeben, daß nur die eigentliche Arbeitszeit vergütet wird. Sinngemäß wird man den Arbeitsaufwand für die Baubodenheizung und -reinigung, sowie für des Esternwärmes als vergütungsfähig betrachten. In vielen Fällen werden diese Arbeiten von Lehrlingen oder von Bauarbeitern nebenbei verrichtet. Anders ist es mit der Arbeitszeit für die Baubodenreinigung, deren Stundenlohnvergütung stiftig sein kann. Wenn die Vernetzung der Bauteile mangels ungenügender Angabe des Auftraggebers für den ersten Standplatz erfolgen mußte, oder der Unternehmer die nötig werdende Vernetzung nicht voraussehen konnte, fallen die Kosten für die Vernetzung zu Lasten des Auftraggebers. — Die Bewachungspflicht der Baustelle und Stellung einer Nachwache liegt dem Unternehmer nur soweit ob, als es sich für ihn um den Schutz seiner Arbeitsgeräte handelt. Der Schutz des Bauplatzes und der darauf erstellten Bauarbeiten ist bei Ausführung in Stundenlohn Sache des Bauherrn und Auftraggebers, gehen also zu dessen Lasten. — Wenn die Ausführung zu Festpreisen und daneben Arbeiten in Stundenlohn ausgeführt wurden, so sind die aufgewandten allgemeinen Leistungen, wie Stellung der Nachwache, Errichtung und Vernetzung der Bauteile usw. anteilig nach den beiden Rechnungssummen zu verrechnen, wobei für die Festarbeiten der Antellsatz nach der VOB für diese Nebenleistungen von dem Unternehmer zu tragen sind. — Wahrscheinlich ist von beiden Seiten nicht nach der VOB. verfahren worden. — Wenn die Stundenlohnarbeiten tatsächlich eintreten; ebenso müßten die Abrechnungen spätestens nach 12 Tagen nach Beginn der Stundenlohnarbeiten eingereicht werden. (15—7.) Wäre dies ordnungsgemäß geschehen, hätten die Streitigkeiten keinen solchen Umfang annehmen können. — Wenn man sich hinterher auf die VOB. bezieht, so war es angebracht und richtig, sich vorher über diese zu vergewissern. Vorliegender Fall beweist, wie so oft, daß die VOB. nicht oder nicht eingehend bekannt ist. Gerade von einem Bauunternehmer muß man die eingehende Kenntnis der VOB. und ihrer Bestimmungen verlangen können. Es mag also der vorliegende Fall als Warnung für vorher zu treffende Klarheit dienen. Eine Verständigung auf vorliegender angegebener Grundlage ist deshalb zu empfehlen. V. Q.

Verdingungs-Anzeiger und Bauten-Nachweis

Nummer 47

25. November 1937

35. Jahrgang

Ausschreibungen

- Rummelsburg Kulturbaubeamter Bachregulierung
27. 11. Leipzig Oberbürgermeister Eisenerneuerung
27. 11. Zeitz Straßen- u. Wasserbauamt Reichsstraßenverlegung
29. 11. Plauen/Vogtl. Pr. Staatschobauamt Zimmerarbeiten u. Entwäss.-Anl.
30. 11. Stettin Pr. Wasserbauamt Erd-, Maurer-, Putz- usw. Arb.
31. 11. Wittenberg Bz. Halle Pr. Wasserbauamt Erd- u. Nebenarbeiten
1. 12. Breslau Reichsbahnen Erd- u. Nebenarbeiten
1. 12. Leipzig Straßen- u. Wasserbauamt Erd- u. Versteigungsarb.
1. 12. Meißen Straßen- u. Wasserbauamt Umbau der Ortsdurchfahrt
1. 12. Meißen Straßen- u. Wasserbauamt Reichsstraßenverlegung
1. 12. Plauen/Vogtl. Straßen- u. Wasserbauamt Reichsstraßenverlegung
2. 12. Dresden Reichsbahnen Fels-, Böschungs- u. Beschleunigungsarbeiten
4. 12. Ballenstedt Anh. Landesstraßenbauamt Straßenverbreiterung
6. 12. Weißenfels Landesbauamt Erd-, Unterbau- u. vorläufige Deckenarbeiten
6. 12. Kolberg Hafenbauamt Rundholz, Schnittholz usw.
8. 12. Leipzig Oberbürgermeister Dauerbrandöfen, Küchenherde
8. 12. Königsberg/Pr. Oberbürgermeister Granitgroßplastersteine
12. 12. Königsberg/Pr. Flachklinker
10. 12. Instenbuz Bauamt d. Mas. Kan. Erd- u. Rammarbeiten
13. 12. Giechwitz Neubauabteilung Kief. Doppel- u. Mittelschwellen

Rummelsburg. Kulturbaubeamter, Kreisstelle Rummelsburg in Rummelsburg, Bauabschnitt II zur Regulierung des Krummbaches für die Wasserkommunikation am Krummbach in Treblin, Kr. Rummelsburg. Leistung: 28.000 cbm Hagerboden, rd. 17.000 Tagewerke für Bodenbewegungen und Fäschingenarbeiten. Bed. 2,50 RM.

Leipzig. 27. November 1937. V. 10 Uhr. Oberbürgermeister, Rathaus, Zimm. 418. Lieferung von **eisenen Fenstern** für die Zentralmarkthalle. Bed. auslegend.

Zeitz. 27. November 1937. V. 8 Uhr. Oberbürgermeister, Abt. VII, Rathaus, Zimm. 31 a. **Stahlbühnenarbeiten** in der Berufsschule am Nikolaiplatz. Bed. 0,20 RM. Zimmer 34.

Plauen Vogt. 29. November 1937. V. 11.30 Uhr. Straßen- und Wasserbauamt, Plauen Vogt, Karolastraße 10/16. **Arbeiten für die Verlegung der Reichsstraße Nr. 92 (Greiz-Eger)** zwischen km 17,2 und km 17,7 in Flur Mühlhausen. Umfang der Bauleistungen: rd. 1350 cbm Mutterbodenbewirtschaftung, rd. 1450 qm Fahrbahnaufbruch, rd. 5300 cbm Massenbewegung, rd. 2400 cbm Hack- und Sprengfelsen Gewinnung, 3800 qm Unterbauebene, rd. 5300 qm Flächenregelung, rd. 2500 qm wassergebundenen Schutt. Bed. gegen Porto.

Stettin. 29. November 1937. V. 10 und 11 Uhr. Preuß. Staatshochbauamt I, Stettin, Schloßhof 19. I. **Zimmerarbeiten, 2. Be- und Entwässerungsarbeiten** für den Neubau des Werkstattgebäudes der Polizeianstalt Elisabethstraße 35 in Stettin. Bed. bel.

Wittenberg. Bez. Halle, 30. November 1937. V. 10 Uhr. Preussisches Wasserbauamt, Wittenberg Bez. Halle, Klosterstraße 2. **Erd-, Maurer-, Putz-, Fliesen-, Asphalt-, Dichtungs-, Beton- und Eisenbetonarbeiten** für den Neubau des Wasserbauamtsdienstgebäudes in Wittenberg, Halle, einschl. Baustofflieferung (außer Eisen- und Werksteinlieferung). Die Arbeiten umfassen rd. 550 m³ Mauerwerk, 3600 m³ Innen- und Außenputz, 200 m³ Fliesenbekleidung, 900 m³ Steinholz und Zementestrich, 660 m³ Hohlstein- und Fliesenbetondecken sowie die anfallenden Dichtungs- und Nebenarbeiten. Bed. 6,50 RM.

Breslau. 1. Dezember 1937. V. 10 Uhr. Reichsbahnen, Oberste Bauleitung Breslau, Elberplatz 25. **Erd- und Nebenarbeiten des Loses 4 NS, der Strecke Breslau-Gleiwitz von Teilpunkt km 16,9—21,7.** Zu leisten sind u. a. rd. 55.000 m³ Mutterbodenarbeiten, rd. 190.000 m³ Bodenbewegung. Bed. 5.— RM. in bar.

Leipzig. 1. Dezember 1937. V. 11 Uhr. Straßen- und Wasserbauamt Leipzig C 1, Grimsmaischer Steinweg 12, III. **Erd- und Versteigungsarbeiten** der Begradigung der Reichsstraße Nr. 6 Halle-Gleiwitz von km 87,845 bis km 88,079 in Flur Gröschheim. Bauleistungen: 1700 cbm Massenbewegung und 1500 qm Versteigung. Bed. 1.— RM. in bar.

Meißen. 1. Dezember 1937. V. 9 Uhr. Straßen- und Wasserbauamt Meißen, Felsenstraße 19. **Bauarbeiten für den Umbau der Ortsdurchfahrt der Reichsstraße 101 (Meißen-Nossen)** im O. Ostteil Göma der Gemeinde Krögis zwischen km 6,9 und 7,3. Umfang der Arbeiten: 3800 cbm Erdbewegung, 1900 m Böschungsarbeiten, 2500 qm Fahrbahnherstellung mit doppelter Oberflächenbehandlung einschl. Unterbau, 3100 qm Randstreifenherstellung, Abbruch der alten und Erstellung einer neuen Straßenbrücke mit 60 cm Eisenbeton, 130 lfd. m Schleusenarbeiten. Bed. gegen Porto.

Meißen. 1. Dezember 1937. V. 10 Uhr. Straßen- und Wasserbauamt Meißen, Hafenstraße 49. **Bauarbeiten für den Umbau der Reichsstraße 101 (Meißen-Nossen) auf Flur Seppner der Gemeinde Krögis zwischen km 11,0 und km 11,5.** Umfang der Arbeiten: 6000 cbm Massenbewegung, 4500 qm Böschungsarbeiten, 3500 qm Fahrbahnherstellung mit doppelter Oberflächenbehandlung einschl. Unterbau, 750 qm Randstreifenherstellung und verschiedene Schleusen- und Sickerarbeiten. Bed. gegen Porto.

Plauen Vogt. 1. Dezember 1937. V. 11.30 Uhr. Straßen- und Wasserbauamt, Plauen Vogt, Karolastraße 10/16. **Bauarbeiten für die Verlegung der Reichsstraße Nr. 173 Hof-Dresden** zwischen km 120,634 und km 121,234 in Flur Neunsatz. Umfang der Bauleistungen: rund 2000 cbm Mutterbodenbewirtschaftung, rd. 6100 cbm Massenbewegung,

AIB-Schutz- und Isolierstoffe (nach Reichsbauvorschrift) liefert

Firma Paul Lechler, Inertstoffabrik, Büro Breslau

rd. 2900 qm Versteigungsaufruch, rd. 140 m Zementrohrlieferung, rd. 8000 qm Unterbauebene, rd. 2300 cbm Steinlieferung, rd. 6500 qm wassergebundenen Schutt. Bed. gegen Porto.

Dresden. 2. Dezember 1937. Reichsbahnen, Oberste Bauleitung, Dresden 24, Bismarckplatz 5. **Ausführung der Erd-, Fels-, Böschungs- und Beschleunigungsarbeiten** zur Herstellung der Bahnkörpers der Kraftfahrbahn Dresden-Berlin zwischen Pflah 22.000 u. 25.720 (Los 10 D.B.), mit allen Nebenarbeiten und zwar etwa 25.000 cbm guten Boden gewinnen, 1500 qm Rasen schälen, 40.000 qm Waldboden abheben, 100.000 cbm Massen bewegen, 45.000 qm Böschungsflächen andecken, 18.000 cbm guten Boden aufbringen. Doppel der Bedingungen 3,50 RM.

Ballenstedt. 4. Dezember 1937. V. 11 Uhr. Anhaltisches Landesstraßenbauamt, Bauabschnitt II-Arbeiten zur Verbreiterung der rund 2800 m langen Teilstrecke der Reichsstraße Nr. 242 Seitzel-Harzgerode und zum Bau einer absehbaren Umgehungsstraße bei Harzgerode (rund 25.000 cbm Erd- und Feldbewegung, 15.000 qm Packlage, 24.000 qm Schotterdecke). Bed. ausl.

Kolberg. 6. Dezember 1937. V. 11 Uhr. Hafenbauamt Kolberg, Lieferung von rund 144 cbm klütern Rundholz, 107 cbm klütern Schnittholz, 860 qm klütern Bohlen, 1139 qm klütern Brettern, 10 cbm eichen Bohlen usw. für die statischen Hafen Kolberg und Rügenwalde. Bed. 1,50 RM. in bar.

Weißenfels. 6. Dezember 1937. V. 10 Uhr. Landesbauamt Weißenfels. **Ausführung der Erd-, Unterbau- und vorläufigen Deckenarbeiten** der Umgehungsstraße Schkopau am Zuge der Reichsstraße 91 Halle-Weißenfels, Bauabschnitt II (von Sudgrenze Bauwerk bis Einmündung in



den Universal-Schutzanstrich

Solosan

für Beton, Verputz, Mauerwerk usw.

Keine wasserhaltige in feinstem feinsten Baumen Emulsion

GEBRÜDER MAYER GEGR. 1879 ESSLINGEN a. N.

Lager in Breslau: Ruf 20372; in Gölitz: Ruf 100

die jetzige Reichsstraße bei Freimelde), umfassend rd. 28.000 cbm Mutterbodenbewegung, rd. 60.000 cbm Erdbewegungen, rd. 10.500 qm Fahrbahn, rd. 3800 qm Radweg, rd. 4000 qm Fußweg und Seitenstreifen. Bed. 5.— RM.

Königsberg. 8. Dezember 1937. V. 10 Uhr. Oberbürgermeister, Straßenbauabteilung, Stadthaus, Adolf-Hitler-Straße 3/7, Zimmer 344 a. **Lieferung von Granitgroßplastersteinen V. Klasse.** Bed. 2.— RM., Zimmer 345.

Königsberg. 8. Dezember 1937. V. 11 Uhr. Oberbürgermeister, Straßenbauabteilung, Stadthaus, Adolf-Hitler-Straße 3/7, Zimmer 344 a. **Lieferung von 200.000 Stück gelben Flachklinkern I. Klasse.** Beding. 1.— RM., Zimmer 345.

Leipzig. 8. Dezember 1937. V. 10 Uhr. Oberbürgermeister, Rathaus, Zimmer 418. **Lieferung von Dauerbrandöfen und Küchenherden** für die Volkswahlungen in Leipzig-Meusdorf. Bed. auslegend.

Instenbuz. 10. Dezember 1937. M. 12 Uhr. Bauamt für den Masurischen Kanal, Instenbuz, Ludendorffstraße 9. **Erd- und Rammarbeiten** für die Schachtschleusen (Ober- u. Unterschlusse) Färsenau des Masurischen Kanals (rd. 45.000 cbm Erdbewegung und 40.000 qm Spundwände). Bed. 20.— RM.

Gleiwitz. 13. Dezember 1937. M. 12 Uhr. Neubauabteilung Hafen Gleiwitz, Gleiwitz OS, Niederstraße 4. **Lieferung von rd. 1890 Stück klütern Doppelschwellen I. Kl. und rd. 40.000 Stück klütern Doppelschwellen II. Kl. ohne Platten, ungebohrt, nach Reichsbauvorschrift imprägniert, für den Hauptbahnhof Gleiwitz.** Bed. 1.— RM., Zt. 9.

Kalte Stuben?

Wände und Decken mit schlesischen

AGU -Platten isolieren

Wilhelm Fischer Isolierbaustoffe
Breslau 16, Wölflstraße 2, Fernsprecher 831 38

Stabfußboden, Tafelparkett Treppenstufen, Holzklotzpfaster, Eichenschnittholz

H. LAUTERBACH & L. KAMPMEYER G. m. b. H., Breslau 12
Jeden Tag
Werk: Groß-Möbelfabrik, Post-Breslau 1. Land
Fertigstellung: 1899
Fertigstellung: 1899

Verdingungsergebnisse

Ostere Oestr. 10. November 1937. Kreisbauamt. Arbeiten und Lieferungen zur Ausführung der wasserwirtschaftlichen Arbeiten in der Wasserversorgungsfabrik Wittenau-Heinrichsdorf.

Zebrowski, Allenstein	41 425,00	W. Borzanski, Allenstein	67 715,00
Karl Grzeschowski, Ostereg	53 325,50	Müller, Rastdorf	59 222,15
Ernst Freyer, Friedrichshof	59 343,30	Richard Babel, Ostereg	59 343,30
Axt, Dr. Eylan	61 895,50	Dorowski, Allenstein	100 111,15
Akersch, Bismarck	9 555,85		

Beuthen OS. 20. November 1937. Oberbauratsstelle, Baubüro Beuthen. Erd-, Mauer-, Beton- und Zimmerarbeiten für das Bauvorhaben des Bauvereins Oberschlesien von 144 Volkswohnungen in 16 Häusern an der Haldenstraße in Beuthen.

Swierzy, Beuthen OS.	24 133,31	Draub, Beuthen OS.	25 594,66
Nickisch, Beuthen OS.	24 441,71	Drusch, Beuthen OS.	25 794,58
Stasch, Bobrek-Karl	24 885,50	Licht, Beuthen OS.	25 851,35
Koritzki, Beuthen OS.	24 885,50	Gruschka, Beuthen OS.	26 151,94
Littwinski, Beuthen OS.	24 995,39	Scholtzke, Beuthen OS.	26 155,89
Napert, Beuthen OS.	25 005,33	Faulst, Beuthen OS.	26 310,66
Keller & Stachnig, Beuthen OS.	25 105,21	Wernisch, Beuthen OS.	26 428,54
Golla & Co., Beuthen OS.	25 331,22	Hirt Nachf., Beuthen OS.	26 800,24
Wiesnorski, Beuthen OS.	25 407,77	Gleich, Beuthen OS.	26 848,72
Hettner, Beuthen OS.	25 448,29	Schreiber, Beuthen OS.	27 000,00
Skrzypak, Beuthen OS.	25 455,38	Römer, Bobrek-Karl	27 090,00
Matusek, Beuthen OS.	25 472,67	Seginitz, Beuthen OS.	31 917,53
Schopka, Beuthen OS.	25 507,75		

Heydebreck OS. 20. November 1937. Neubausabteilung für den Adolf-Hitler-Kanal. Sicherung der Böschungsrutschungen auf dem Südufer des Adolf-Hitler-Kanals zwischen km 2,0-3,1.

Krocker, Leobschütz	4 218,-	Kallenbach, Gleiwitz	7 780,-
Nelke, Gleiwitz		Jarosch, Bischofshof	8 072,-
Hammer, Heydebreck	6 750,-	Lagus, Cosel	9 250,-
Blaier, Glei 2	7 321,-	Nagel, Heydebreck	11 590,-
Apfeld, Heydebreck	7 570,-		

Breslau. 23. November 1937. Stadt, Brückenbauamt, Siebenstraße 9. Erd-, Mauer-, Beton- und Versetzarbeiten für den Neubau einer Ufermauer „Am Großen Wehr“ (1. Bauabschnitt - 57 Lfdm.).

Carl Isack	54 376,75	Tagewerke	1200
Heinrich Fläusche	55 983,30		4269,5
Karl Brandt	75 334,15		3147
Kröner & Co.	75 862,50		3130
Wiesner & Co.	78 351,50		7993
Lena & Co.	79 455,20		
Arthur Walde	81 900,50		5018
Heß & Wolter	82 256,25		2085
Arthur Kübler	82 425,69		4287
Hula, Hoch- und Tiefbau AG.	89 262,40		4128
Bism & Högig	89 262,40		2435
Bräuer & Loeb	89 457,55		
Gebr. Huber	93 641,16		
Baure, Kallenbach, Gleiwitz	100 386,29		
Deutsche Bau-AG.	100 386,53		

Bauten-Nachweis

Ostdeutsches

Schlesien

Ausche, Kr. Liegnitz. Errichtung von zwei Einfamilienhäusern gegenüber dem Friedhof. Wird bald beg. Bauh. Rittergutbesitzer Wästenhagen, hier. Ausfüh. nicht bekannt.

Bad Salzbrenn. Der eingeschossige Neubau des Kurmittelhauses konnte in seinem Rohbau beendet werden. Anfang Dezember will man das Werk durch einen Richtfest krönen. Im kommenden Jahre erfährt dann das Lusenbad einen Um- und Ausbau sowie nach der hintersten Seite einen Erweiterungsbau. Für diesen sind die Schachtarbeiten bereits im Gange.

Barmb. Kr. Hirschberg Regb. Gemeinde plant Neubau eines Spritzenhauses. Näheres Bürgermeister Kopp.

Birken, Kr. Cosel. Hier fand das Richtfest für den Schminnebau statt. Neben zwei Schminnebauten wurden drei Leihwohnungen eingebaut. Bauh. Schulverband, Vorsteher Bürgermeister Schary.

Bischofshof OS. Hier soll ein großes und modernes Schulgebäude errichtet werden. Die Regierung zahlt für den Schulnebau, der auf rund 100.000 RM. veranschlagt wird, großes Interesse.

Breslau. Am Kinderzoo, Doppelpolnisch, Erdarb. Bauh. Oberpostrat Neumann, Leuzstraße 11, und Major Werner Ehrenreich, Leuzstraße 13. Auf Johannes Gebel, Baugeschäft, Kurfürstenstraße 2.

Bischofshof Regb. 27. Wohnhaus, Beg. Bauh. M. Pniok, Wollstraße 10. Bauh. Arch. Ginter Grzianiski, Breslau 1, Sternstraße 81. Ausf. Hermann Loch Inh. E. Stehane, Baugeschäft, Steinstraße 99/100.

Bücherplatz. Neubau unterirdischer Trafostation. Bauh. Stadt. Elektrizitätswerk, Breslau. Treibritzstraße 29/37. Ausf. Florentius Brichia, Eisenbetonbau, Theresienstraße 15.

Buhrner Straße 9. Umbau der vier Geschäftshäuser. Gesamtausführung für Schaufenster mit Verglasung, Fassadenbekleidung, Markisen, Neonleuchteklare durch die F. Paulhaber, Laderbau, Breslau 1, Klosterstraße 18.

Charlottenstraße. Zwei Wohnhäuser. Erdarbeiten. Bauh. Gande, Breslau. Ausf. A. Wedemann, Baugeschäft, Breslau 13, Hindenburgplatz 10.

Gräbscheuer Straße. Maschinenhalle. Beg. Bauh. W. Nitschmann & Söhne. Maschinenfabrik, Gräbscheuer Straße 268/276. Ausf. Erich Korn, Baumstr., Paulstraße 52.

Königsplatz. Drei Wohnhäuser. Erdarbeiten. Bauh. Schleissche Immobilien-A.G., Graupenstr. 13. Bauausf. Arthur Vogt, Baugeschäft, Schwerinstr. 29, Königsplatz. Zwei Wohnhäuser. Projekt für 1938. Bauh. und Ausf. Paul Handke, Inh. E. Markuse, Baugeschäft, Vorwerkstraße 44.

Lange Gasse 15. Umbau in den Betriebsräumen der Kiepe-Brauerei. Ausf. A. Wedemann, Baugeschäft, Hindenburgplatz 10. Fahrstuhlverkleidung ausw. Gebr. Gloger, Laderbau, Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 5/7.

Leedschkestr. Ecke Küsserstraße. Wohnhaus. H. Barckert, Bauh. und Ausf. Baugeschäft A. Wedemann, Hindenburgplatz 10.

Meinckestraße 74. Neubau Gemeinschaftsräume. Beg. Bauh. und Ausf. Huta, Hoch- und Tiefbau, A.-G., Junkerstraße 38/40.

Nikolaistraße 72/76. Umgestaltung der beiden Haupteingänge zum Kaufhaus. Bauh. Architekten Jurassick & Barrenscheen, Palmstraße 41. Turbinenbau durch Th. Paulhaber, Laderbau, Breslau 1, Klosterstraße 18.

Ohlauer Straße 44. Ausführung einer Passage. Bauh. Bauhilfsamt Otto Knipper. Maurerarbeiten Baugeschäft Karl Naskel, Breslau, Neumark. Konstruktionsarbeiten, Reklamanlagen usw. Gebr. Gloger, Laderbau, Breslau 13, Kaiser-Wilhelm-Straße 5/7.

Zwingerstraße 6/8. Die Schlesische Landesbank, Girozentrale, Zwingersstr. 6/8, plant für 1938 einen größeren Erweiterungsbau. Mit den vorbereitenden Arbeiten, Abbruch alter Hintergebäude, ist durch die Baufirma K. v. Cosel, Inh. M. Seidel, Breslau-Carlitz, begonnen worden. Hauptentwurf sowie Ausf. der Bauarbeiten für den Erweiterungsbau noch nicht vergeben.

Klein Möbelfabrik. Wenden. Im Bau. Bauh. Neuland, Siedlungs-gesellschaft, Breslau, Kaiser-Wilhelm-Straße 32. Betreuung „Dewoz“, des Wohnungsbauvereins A.-G., Zweiteilte Breslau. Entw. Architekten Dipl.-Ing. Bagwald & Hesse, Breslau, Gräbscheuer Straße 5. Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten Baugeschäft F. Scheermann, Taubentzenstraße 72, und Rother & Co., Lehmgrabenstraße 76.

Ausbau des Breslauer Stadions. Im Rahmen der Vorbereitungen für das 16. Deutsche Turn- und Sportfest 1938 in Breslau waren in den letzten Tagen eingehende Verhandlungen im Gange, die sich mit einem umfangreichen Ausbau des Hermann-Göring-Sportfeldes in Breslau befaßten. Es handelt sich hier um Bauten, die der im Reiche als vorbildlich anerkannten Breslauer Kampfstätte für immer erhalten bleiben sollen. So wird das große Außenmischfeld der Friesenwiese eine weitere Tribünenanlage im Osten längs der Straße nach dem Ehrenhof erhalten. Ferner sind der Ausbau der Resaltastrecke mit gedeckten Hallen, der Bau einer Turnhalle, der Bau von Außentribünen und Rollschluppläufen, der Ausbau der Tribünen und Hockerplätze, der Bau einer Rollschluppläufen im Bauvorhaben der Stadt Breslau vorgesehen und sollen demnächst zur Ausführung kommen.

Brieg. Das an zehn Arbeitstagen an der Schüsseldorfer Straße begonnene Wohnhausprojekt (137 Wohnungen) der Finanz-A.G. des Schlesischen Handwerks in Breslau wird derart beschleunigt durchgeführt, daß die Gebäude noch vor Weihnachten unter Dach kommen können.

Cosel. Das Landeskulturamt plant auch für die nächsten Jahre umfangreiche Landeskulturarbeiten im Kreise Cosel. Die Größe der vorgesehenen Arbeiten umfaßt 10 000 Hektar. Diese setzen sich hauptsächlich zusammen aus Ackerdrainagen, Hochwasserschutz, Wiesenent- und bewässerung usw.

Erdelfeld (Hohe Erde). Ferienheim des Kaufmanns Walter Heinzelmann, Breslau, Zobenstraße 26, vollständig abgebrannt.

Frankenstein. Die für den Bau von Landarbeiterwohnungen liegen bis jetzt zwölf Anträge für 20 Wohnungen vor, die im Frühjahr in Angriff genommen werden. Damit sind jedoch die Mittel erst zu einem Drittel erschöpft. Die Wohnfläche des Arbeiters muß nach den neuesten Mustertypen mindestens 40 qm betragen. (Kreisbau- und Obersekretär P. Moese, Frankenstein).

Der neue Anbau an der Westseite des Postgebäudes konnte im Rohbau fertiggestellt werden. U. a. werden in dem Anbau die jetzt außerhalb liegenden Abortanlagen in zeitweilige Aufnahme untergebracht.

Gepanten. Kr. Grotz. Das dem Dr. Schacke gehörige Rittergut erwarb die Schlesische Landgesellschaft, um es zu Siedlungszwecken aufzuteilen.

Glatz. Am 16. November krönte ein Richtfest das am Lindenweg errichtete, aus zehn Doppelhäusern (Typ Neukirch) bestehende Siedlungswerk für Beamte und Angestellte der Stadt Glatz. Bauh. Gem. Bauzes, Glatz, m. b. H. Bauh. Schleissche Heimstätte, Zweiteilte Reichenbach.

Gleitwitz. Daimlerstraße 72. Wohnhaus. Bauh. Robert Müller, Direktor, Flugplatz. — Pagnowitz Landstraße 231. Wohn- und Geschäftshaus. Bauh. Kaufmann Konrad Biskupke, Eisenstraße. — Kaiserstraße. Zwölfteiliges Doppelhaus mit Wirtschaftsgebäude. Bauh. Oehrlings-Bergbau-A.G., Bergwerkstraße 32 b. Um- und Neubau von Autogaragen. Bauh. Ferdinand Sieba, Bergwerkstraßen. Bauh. Marie Kulawik, Breslauer Straße 10. — Kaiserstraße 35. Anbau des Treppenhauses und bauliche Veränderungen. Bauh. Oehrlings-Bergbau-A.G. — Keitstraße 3/5. Umbau des halben Zwölfteiligen Doppelhauses zu Diensträumen. Bauh. Preuß. Staatshochbauamt Beuthen OS. — Keitstraße 3/5. Umbau des Fahrzeugschuppens. Bauh. Preuß. Staatshochbauamt, Beuthen OS. — Petrisstraße 21. Anbau eines Fachwerkes. Bauh. Karl Fuchs, Lindenbahn OS. — Andreasstraße 1-6. Neubau zehn Wohnhäuser. Bauh. Siedlungsgesellschaft Schlesien G. m. b. H., Breslau.

Sachur & Pucker

Be- u. Entwässerungs-Anlagen
Breslau 1
Fernsprecher 453 28

Glogau. Den Umbau und die Neugestaltung des Forsthauses hat Baumeister Maluche, Inhaber des Glogauer „Stadtkruges“, übernommen, der noch in diesem Jahre mit den notwendigen Bauten beginnen will. Für den jetzt noch im Forsthaus wohnenden Forstbeamten wird von der Stadt ein neues Dienstgebäude errichtet.

Greifenberg. Die Reisbrennen nahmen Kenntnis von der Aufnahme eines Darlehens bei der Deutschen Bodenbank in Höhe von 63.000 RM. Der Betrag soll restlos für die im Bau befindlichen 42 Volkswohnungen verwendet werden.

Grenzingen. Kr. Guttentag. Hier soll ein Jugendheim errichtet werden. Mit den Vorarbeiten ist begonnen worden.

Gröthain. Kr. Waldenburg. Am Bau der neun Vierfamilienhäuser der Wohnungs- und Heimbau-G. m. b. H. des Schleisschen Handwerks Waldenburg wird mit größter Beschleunigung gearbeitet, um sie möglichst noch vor Eintritt des Winters im Rohbau zu vollenden. Bauh. Architekt Pätzold, Waldenburg.

Groß Rosen bei Striega. Neubau Eigenheim. Proj. 1933. Bauh. Erzieher Richard Egerwiltz hier. Ausf. nicht bekannt. — Neubau Eigenheim. Proj. Bauh. die Steinmetzerei Ernst Jürke und Artur Feige, hier. Ausf. noch nicht bekannt.

Grünberg. Blücherstraße. Gem. Baugenossenschaft G. m. b. H. hier, plant den Bau von 66 Volkswohnungen. Objekt 120.000 RM.

Hernsdorf. Kr. Hirschberg Rsb. Gemeinderätezeitung. Die weitere Neubautätigkeit im neuen Baugebiet an der Seinerl wurde mit den hiesigen Baumeistern besprochen. Das von der Herrschaft zu pachtende Brauereigebäude soll als Jugendheim ausgebaut werden, da ein Neubau mangels Geldmitteln nicht in Frage kommt.

Hindenburg OS. Die grauen Häuschen an der Lückestraße, nördlich des Beuthener Wassers sollen abgebrochen werden, um der Errichtung moderner Neubauten durch die Stadtbaubank Platz zu machen. — Umbau des Bahnhofs Hindenburg-Ludwigswilck. Gepl. Der Entwurf nebst Bauplanverzeichniss liegt im Stadtsaal in Hindenburg, Peter-Paul-Strasse, Zimmer 215, aus.

Jamowitz Rsb. Neubau eines großen Lagerschuppens. Gerichtet. Bauh. Papierfabrik Jamowitz. Ausf. nicht bekannt.

Järschau. Bei Striega. Wohnhausneubau. Proj. Bauh. Georg Oebauer, hier. Ausf. nicht bekannt.

Jumbirken. Kr. Raibor. Hier fand die Grundsteinlegung zum neuen katholischen Gotteshaus statt. (Pfarrer Urbansky, Markdorf).

Kellendorf. Kr. Schweidnitz. Neubau Arbeiterwohnhaus. Bst. Bauh. Bauer Alois Kasper, hier. Ausf. nicht bekannt.

Kammerau. Kr. Schweidnitz. Der dringend notwendige Schulhausneubau ist hier im kommenden Jahre zu erwarten.

Karlshagen. 20. Bezirk des Erdgeschosses in zwei große Läden. Bauh. Inspektor Hironymus, Trägerleitzung Schlies, Montages. Breslau. Maurerarbeiten. Baumeister Neumann, Karth. Schaufenerkonstruktionen und Einbauten durch Th. Paulhaber, Ladenbau. Breslau 1, Klosterstraße 18.

Kaufing. Kr. Goldberg. Eine Regierungskommission stellt erneut die Unzulänglichkeit der Klassenräume der evgl. Niederschule fest. Es kommt nur noch ein Neubau in Frage.

Klausberg OS. Im Frühjahr 1938 soll der Bau von 69 Wohnhäusern auf dem Gelände zwischen der Beuthener Straße und dem Marktplatz in Angriff genommen werden. Die Gemeinde Klausberg hat mit der Oberschlesischen Heimstätte G. m. b. H. eine Wohnbaugesellschaft gegründet, die die Betreuung der neuen Bauvorhaben übernimmt. Die neue Wohnbaugesellschaft will hauptsächlich Geschloßbauten ausführen.

Laband. Zwischen dem Bahnhof Laband und dem Ortsteil Waldenan errichtet die Vereinigte Oberschlesische Hüttenwerke A.-G. Gleisviertel, eine eigene moderne Heimstättenanlage. Es werden 120 Siedlerstellen teils in Einzelhäusern und teils in Doppelhäusern für die Gefolgschaft der Hermannhütte in Laband gebaut.

Leippe OL. Gemeinde plant den Bau einer Siedlung. — Flecktorwerke planen den eines Mehrfamilienwohnhauses. — Vereinigte Aluminium-Werke planen den Bau von 14 Dreifamilienwohnhäusern. — „Ewag“, Hiersfeldt, plant den Bau eines Mehrfamilienwohnhauses.

Leutmannsdorf. Kr. Schweidnitz. Beim Bau der Großmolkerei konnte nun auch das Betriebsgebäude gerichtet werden. Ausf. Baugesch. Glück & Schulz, Schweidnitz, und Tschöke, Leutmannsdorf. (Objekt etwa 170.000 RM.) Genoss.-Vorst. Bauer Franz.

Lignitz. Gemeinderätezeitung. Der Neubau eines Berufsschulgebäudes ist geplant. Im Lignitzer Osten ist der Neubau eines Volksschulgebäudes notwendig geworden.

Mauer. Kr. Löwenberg. Ueber die Förderung des Baues von Volkswohnungen wurde in der Gemeinderätezeitung beraten. Es wurde beschlossen, mit der Schleisschen Heimstätte in Verbindung zu treten. Einem Gesuch wegen Ueberlassung von Baugebäude wurde entsprochen.

Mechitz OS. Zwei Scheunen des Bauern Reinhold Gach abgebrannt.

Mittelbütz. Kr. Lüben. Neuzettler-Unt. und Ausbau des Kustalgebäudes. Anlage einer Eisdalmstraße usw. Beg. Bauh. Bauer Titze, hier. Ausf. nicht bekannt. — Umbau der ehemaligen Dominikalschule zu einem Jugendheim. Beg. Bauh. Gemeinde. Ausf. nicht bekannt.

Neusatz OD. Die Stadt wird eine neue Jugendherberge erhalten. Die Stadtverwaltung hat das „Halenschlöbchen“ zur Verfügung gestellt, das jetzt als Jugendherberge umgestaltet wird.

Niederzauche. Kr. Sprottau. Der Rohbauvollendung des Schulhausneubaus gedachte die Gemeinde durch ein Richtfest. Baup. Preuß. Staatshochbauamt Sagan. Ausf. Baumeister Becker; Metschan.

Oberr. Weitzrit. Kr. Schweidnitz. Eine Besichtigung der kath. Schule und der kath. Kirche ergab die Notwendigkeit zur Vornahme baulicher Veränderungs- und Erneuerungsarbeiten, die schon im kommenden Frühjahr herangezogen werden soll. U. a. wird um die Kirche herum zur Abhaltung der Erntedankfest eine Drainage gebaut.

Patschan. Beim Kleinwohnungsbau in der Feldstraße sind zwei weitere Doppelhäuser zur Zeit im Entstehen begriffen, mit deren Bezug im kommenden Frühjahr zu rechnen ist.

Penzig OL. Wohnhaus. Gepl. Bauh. Alfred Hödmann, hier.

Peterswaldau. Eulenberg. Neubau Kraftwagenfließ für fünf Postkraftwagen. Proj. Bauh. Oberpostdirektion, Breslau. Bauh. Gemeindefürsorgeverwaltung Peterswaldau.

Reichenbach. Eulenberg. Ring 43. Bauliche Veränderungen. Beg. Bauh. Deutsche Anstalt für Baugeschäft W. Pätzold, Feldstraße 23. A. Bauh. Gemeinde-saal, Gepl. Bauh. Evgl. Kirchengemeinde, Ausf. Baugeschäft M. Lobers. Uferstraße 23. Einbau eines Lüftfilters und einer automatischen Heizungsanlage.

Bau in Winter mit

Frostschutz B12

Flüssig im Porenforn

Gustav A. Braun, Biberwerk, Köln

Läger und Vertretungen in allen Teilen Schlesiens

Gepl. Bauh. A. Fleischer. Ausf. Baugeschäft E. Zöllfel. — Uferstraße 25. Neubau Luisenpark. Beg. Bauh. A. Fleischer. Ausf. Baugeschäft E. Zöllfel. — Beutlerstraße 7a. Einbau Bade- und Seerräumen. Gepl. Bauh. St. Josef-Krankenhaus. Ausf. Baugeschäft R. Klatt. — Uferstraße 45. Neubau Wohnhaus. Gepl. Bauh. Walter Schinkel, Ausf. Baumeister Schindwälder. — Jahnstraße 12. Neubau Lagergebäude. Gepl. Bauh. E. Schatz. Ausf. Baugeschäft Frost. (Gnadent). — Schulstraße 13. Neubau Transformatorhaus. Gepl. Bauh. Stadt. Be-triebswerke. Ausf. Baugeschäft R. Klatt. — Bahnhofstraße 22. Neubau Garagengebäude. Gepl. Bauh. W. Winkler. Ausf. Baugeschäft R. Klatt.

Röhrhorn. Kr. Wobau. Errichtung von vier Wohnhäusern für Landarbeiter auf dem Gutshof (zwei Doppelhäuser). Im Bau. Bauh. Landwirt Röhrich, hier. Ausf. nicht bekannt.

Rothbach. Kr. Waldenburg. Gemeinderätezeitung. Für die Ausführung von Pfistermaus- und Ausbesserungsarbeiten auf der Doristraße wurden Mittel be-illigt. Dem Wiegemeister Wendt wird Baugebäude an früheren Labora-toriumsrundstück zum Verkauf angeboten.

Saldorf. Kr. Reibitz. Hier wurde eine Wasserversorgungsgesellschaft gegründet. Vorsteher Reibitzsdorf Wehr. Es sollen Drainagearbeiten durchgeführt werden, deren Gesamtkosten sich auf 63.000 RM. belaufen werden.

Schlesiersee. Mit der Herrichtung des Sportplatzes soll bald begonnen werden. Voraussichtlich wird im Jahre 1938 mit dem Bau der neuen Turnhalle und des HJ-Heimes begonnen werden. Die Turnhalle wird östlich der neuen Schule errichtet.

Schnau Kartzbach. Die Errichtung einer Fabrik, deren Produktion im Rahmen des Vierjahresplans liegt, ist hier geplant. Als Baugebäude sind die Wiesen vor-gesehen, wo im Sommer das Zelllager der HJ. Aufstellung gefunden hatte und das anstossende Gelände. Auch die Errichtung von Wohnhäusern wird in diesem Zusammenhang notwendig werden, ebenso ein Gleisanschluss und Fahrstraße.

Schweidnitz. Stand der Peile-Regulierung. Die Arbeiten am ersten Baugebäusicht werden bei gutem Wetter nur noch einige Wochen andauern. Bei dem erst vor wenigen Wochen begonnenen Arbeiten des zweiten Baugebäusichts ist die Gestaltung des neuen Fußbodens bereits an allen drei Baubauheiten (Weizen-

Leichtbauplatten

Qualitätsware, preisinstig
Thamm, Breslau, Uferstraße 35
Fernsprech-Anschl. 4 03 83

rodau, Wilkau, Nischendorf) auf längere Strecken zu erkennen. Mit dem Werk oberhalb der Wilkauer Baustelle müssen auch einige Brücken abgebrochen und zum Teil durch neue ersetzt werden. Für diese sind die Bohrun-gen zur Untersuchung des Baugrundes im Gange. Der dritte und vierte Bauabschnitt (von Ginnau bis Graditz-Kreisgrenze) wird vorbereitet und im kom-menden Frühjahr in Angriff genommen. — Die Errichtung eines weiteren großen Wohnblocks plant im kommenden Frühjahr die Wohnungs- und Heimbau-G. m. b. H. des Schleisschen Handwerks Waldenburg am Weitzrit-Brückenkopf an der Wasserstraße unter Auhentzung der Grundstücks der Abfuhrgenossenschaft, deren Gebäude abgebrochen werden.

Steinau Od. Transformatorhaus und Auszerrage, massive Umwehrung mit halb-offener Ueberdachung. Beg. Bauh. Firma G. Naake, Eisenwerk, Steinau Od. Braustraße. Ausf. Maurermeister Adolf Griger. — Fuhrwerkswaage mit Wiegemaß. Beg. Bauh. Kr. Görtz. Kaufmann. Buschmühlstraße. Ausfüh-render Maurermeister Hermann Ziebell. — Für die hier in erheblichem Um-fange geplanten Kanalarbeiten haben die Vorarbeiten bereits in der Winterperiode eingesetzt.

Steinsiedersdorf Eulenberg. Neubau einer Sportplatzanlage, eventuell mit Bade-anstalt (Freibad). Proj. für Frühjahr 1938. Bauh. Gemeindefürsorge Stein-siedersdorf Eulenberg. Ausf. nicht bekannt.

Trebnitz. An dem Turm der evgl. St. Peter- und Paulkirche werden zur Zeit er-hebliche Erneuerungsarbeiten vorgenommen. Gleichzeitig erfüllt auch die Form des Turmes eine Veränderung, da bei mehr den architektonischen Anforderungen des Stadtbildes entspricht.

Übersdorf. Kr. Goldberg. Die Gemeinde verkaufte hier an Herrn Güder ein Grund-stück zur Errichtung eines Wohnhauses mit Gemeindefürsorge und Postfilialstelle. Der Erlös dafür ist als Rücklage für den Bau eines Schwimmbades sicher-gestellt.

Waldenburg. Als Bauplatz für das neue große HJ-Heim (Objekt etwa 100.000 RM.) ist ein Gelände am Postberge, südlich von Hermannsicht, und zur Er-richtung von Lehrwerkstätten für Maurer und Zimmerer der Skalaplatz in

Durch

Elektroschutz

rost- und steinfreie Warmwasseranlagen!

PERMUTIT AG., Berlin NW 7/9

TABLE 1. *Continued*

Bauindex

1913 = 100

Januar 1937 — 133,7	Februar 1937 — 134,0	März 1937 — 134,4
April 1937 — 134,6	Mai 1937 — 134,4	Juni 1937 — 134,2
Juli 1937 — 135,1	August 1937 — 135,1	September 1937 — 135,1

Baustoff-Index

1913 = 100

September 1937					October 1937			November 1937			
1.	8.	15.	22.	29.	6.	13.	20.	27.	3.	10.	16.
		118.2		118.9		118.8		118.7		118.7	

Indexziffern der Baukosten

$$28/1930 = 100$$

Aus „Wirtschaft und Statistik“

	1936			1937	
	Okt.	Spt.		Okt.	Spt.
Berlin	78,4	78,1	Stuttgart	72,9	74,2
Bremen	77,3	79,3	Gesamtd.	76,2	77,3
Breslau	76,9	76,9	Gruppenindex-		
Essen	78,0	78,7	ziffern		
Frankfurt a. M.	76,6	77,8	Steine u. Erden . .	74,9	75,4
			Schneitholz	82,8	81,7
Hamburg	75,5	76,4	Bavelsen	86,6	87,6
Hannover	73,3	75,4	Baustoffe zus.	87,0	81,1
Karlsruhe	72,3	72,9	Lehne*)	70,8	70,8
Köln	82,1	87,1	Preise für fertige		
Königsberg i. Pr.	79,3	80,9	Arbeit. d. Ban-		
			nen- u. Holz-		
Leipzig	72,9	73,8	gewerbe	78,8	80,4
Magdeburg	76,7	80,3	Gesamtd. (1913 = 100)	133,2	135,1
München	76,2	76,4		135,1	135,5
Nürnberg	72,5	73,8			

^{a)} Tariftlöhne für die in der Indexziffer berücksichtigten Bauarbeiter (Rohbau) nach ihrem Anteil an den Kosten des Wohnhausbaus.

Edelputz

Das Edelputzwerk Wünschendorf a. d. Elster ist in den Besitz der Firma R. Naumann, Inhaber Baumeister F. W. Seim, Leipzig, und Dipl.-Ing. Paul Seim Waldheim, übergegangen. Die Firma beabsichtigt das Edelputzwerk bedeutend zu vergrößern und neue Abteilungen anzuschließen.

Holtz

Ausfuhr von Holz aus Polen nach Deutschland. Gelegentlich der vom 15. bis 19. November d. J. in Lemberg stattgefundenen Verhandlungen des deutschen und des polnischen Regierungsausschusses für die Durchführung des deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages wurden auch die für die Ausfuhr von Holz aus Polen nach Deutschland geltenden Vereinbarungen der beiderseitigen Interessenten für weitere drei Monate verlängert.

Neue Grubenholz-Festpreise. Im Vierjahresplan fällt der Vorrang unserer Gruben mit dem nötigen Grubenholz besonders die Wichtigkeit zu. Der Reichsförsternrater hat deshalb auch in diesem Jahre wieder ein Verzeichnis der Grubenholzpreise für das Jahr 1937 zusammengestellt, das mit dem Sommer des übernächsten Jahres rechtzeitig zu sichern. Im Zusammenhang mit der Grubenholzversorgung hat der Reichsförsternrater auch eine Verordnung über die Preisbildung bei Nadelgrubenholz im Fortwirtschaltjahr 1938 erlassen, die für die in Betracht kommenden Holzarten und Holzarten festsetzt, welche die Preise für die verschiedenen Holzarten und Holzarten markiert durch die notwendige Beweglichkeit für die verschiedenen Maßnahmen des Auswertens, Umlagens usw. Rechnung getragen worden. An der Erhebung der Preise für Nadelgrubenholz hat die Deutsche Reichsbahn eine besondere auch die Abnehmerseite, mitgewirkt. Das Ergebnis ist zudem durch ermöglicht worden, daß die Deutsche Reichsbahn ihre Preise für Nadelgrubenholz auf der Grundlage der Preise für Nadelgrubenholz nach der Gesamtpreise des Nadelholzmarktes in Deutschland festsetzt. Die Preise für Nadelgrubenholz nach der Gesamtpreise des Nadelholzmarktes in Deutschland sind im Deutschen Reichsanzeiger Nr. 268 vom 20. November 1937 zum Abdruck gelangt.

Geschäftsberichte

[illegible]

Landesiedlungsgesellschaft G.m.b.H. Weimar. Das Berichtsjahr 1936 war für die Gesellschaft ein besonderer Markstein, weil im Einvernehmen mit dem Reichs-

Stadthalte- und Landesbauernfürher der Thüringer Ministerpräsident für Stadtzwecke in diesem Jahre 25 Staatsgüter mit 4871 Hektar und aus weiteren Staatsgütern Teuffichen von 370 Hektar, die für das Land Thüringen insoweit von großer Bedeutung sein, als mit Hilfe der zur Verfügung gestellten Staatsgutsländereien in den Jahren 1897/98 die Neubildung des Bauerntums im Bereichs wieder ein gutes Stück vorwärtsgeworren. Neben der Schaffung neuer Bauernhöfe wurden auch 1544 Hektar Staatsgüter in die Hände von Bauern überantwortet werden.

Die der Gesellschaft mitgeteilten Veräußerungsfälle haben im Bereichs sowohl hinsichtlich der Anzahl als auch der Fläche dem Vorjahre gegenüber eine beträchtliche Verminderung zu verzeichnen. In den letzten Fällen auf das ihr zuzurechnende Verkaufsfrecht verzichtet, weil eine große Anzahl Verkäufe mit der Anlage von Flug- und Bäderplätzen für die Wehrmacht und für die Reichswehr verbunden waren. Im Bereichs wurden 1544 Hektar Staatsgüter von den vorhandenen, rund 1534 Hektar für die Neubildung 608,342 Hektar verwendet. 28 Neubauernstellen wurden in den Siedlungs Pölsitz (Kreis Gera), Gera, Tiefurt (Kreis Weimar) und Reinsfeld (Kreis Arnstadt) geschaffen. Die Angliederung trat im Bereichs zum erstenmal gegenüber der Neubildung eine beträchtliche Verminderung zu verzeichnen. Die Neubildung der Objekte die Nachfrage nach Angliederung nur sehr gering war. Voraussichtlich wird die Angliederung 1897/98 die Neubildung wieder übersteigen. Die Neubildung der Objekte die Nachfrage nach Angliederung nur sehr gering war. Voraussichtlich wird die Angliederung 1897/98 die Neubildung wieder übersteigen. Die Neubildung der Objekte die Nachfrage nach Angliederung nur sehr gering war. Voraussichtlich wird die Angliederung 1897/98 die Neubildung wieder übersteigen.

Uebertragene Arbeiten und Lieferungen

Breslau. Der Firma Th. Faulhaber, Ladenbau, Breslau 1, Klosterstraße 18, wurde die Lieferung der Werbeanlagen für den Fassadenabputz, Katharinenstraße 9 übertragen.

Firmen-Register

Neu eingetragene Firmen

Allenstein. Arthur Bloch, Tief- und Straßenbau, Allenstein. Inhaber
Baugenieur Arthur Bloch.
Chennitz. Ziegelwerk Chennitz-Altenhof Paul Vogel, Chennitz, Walden-
burg-St. Andreas. Ziegelbrennerei Johannes Paul Vogel, Mülsen St. Nicolaus,
Gera. Willy Zwickel, Tief- und Straßenbau, Gera.
Erfurt. Inhaber: Lehmann & Krause, Untereichen für Landeskultur und
Tiefbau, Erfurt. Inhaber: Ebn, Erfurt.
Köslin. Ziegelwerk Gustav Tuchtenhagen, Köslin. Inhaber Kaufmann
Gustav Tuchtenhagen, Varchmin.
Mühlhausen. Inhaber: Granitwerke, vorm. Ostdeutsche Steinbruchgesell-
schaft mb.H. Liegnitz. Inhaber Steinbruchbesitzer Max Rieple, Liegnitz.
Merseburg. Karl Schmitt, Zentralverwaltungen, Merseburg. Persönlich haf-
ten. Inhaber: Carl Schmitt, Zentralverwaltungen, Merseburg.
Sagan. Richard Preußner, Baustoffgroßhandlung, Sagan. Klosterhof 8.
Inhaber Kaufmann Richard Preußner, Sorau.
Schneeberg. Inhaber: Richard Schönebeck, Schneeberg. Inhaber: Ziegelei-
besitzer Friedrich Müller, Schneebeck. Kr. Osterburg.

Beauftragte Vergleichsverfahren

Leipzig. Ingenieur Vinzenz Kasparek, Leipzig W 35, Benediktusstraße 7, 1. Etage. Inhaber der Firma Vinzenz Kasparek, Tiefbaugeschäft, Leipzig N 26, Rittergutsstraße 19. Vorläufiger Verwalter: Wirtschaftsprüfer Max Bruno Engel, Leipzig S 3, Brandvorwerkstraße 55.

Eröffnete Konk

Bunzlau. Maurermeister August Strauch, verstorben. Konkursverwalter: Rechtsanwalt Stroth, Bunzlau. Anmeldefrist: 30. November 1937.
Rückmarsdorf, Kr. Leipzig. Kaufmann Paul Julius Franz Keilbar, Rückmarsdorf. Inhaber der Firma Gebr. Keilbar, Zementplattenfabrik in Rückmarsdorf und Zweigstelle in Lützen. Konkursverwalter: Kaufmann Paul Meinholt, Leipzig, Sebastian-Bach-Straße 5. Anmeldefrist: 24. Dezember 1937.

Der Kaufmann im Baugewerbe

Von Rudolf Peters und Konrad Mitschke

**Ein Handbuch der Organisation und Rechnungslegung
für jeden Bauetrieb**

Umfang 160 Seiten, davon 32 Seiten Buchungsbeispiele, in Ganzleinen gebunden RM 5.—
Bei Voreinsendung des Betrages erfolgt portofreie Zusendung.
Sonst Versand gegen Nachnahme zuzüglich 0,85 RM Spesen
oder durch den Buchhandel auch über Leipzig.

LEIPZIG C 1 Verlag Paul Steinke **BRESLAU 2**
Windmühlenstr. 47 Taubentzenstr. 29
Postscheckamt Leipzig 52481 Postscheckamt Breslau 598

Buchbesprechung aus „Deutsches Steuerblatt“ Nr. 21

Am 10. November 1937:

Nicht jede Spezialarbeit wird betriebswirtschaftlich. Fragen eines Bauunternehmers, die sich auf dieser Stelle beschränken können. Wenn trotzdem dieses Buchlein hier kurz erwähnt wird, so aus dem Grunde, weil die Verfaßer in völlig neuer, klarer und allgemeiner Weise die Kostenrechnung der Bauunternehmung darstellt, und zwar für die Belange des Bauverwerkes dargestellt haben, in einer Form, die für Spezialarbeiten auf ähnlichen Gebieten durchaus vorbildlich ist. Es ist eine wertvolle Arbeit, die sich nicht nur auf die Kostenrechnung des Bauverwerkes beschränkt, sondern auch auf die Organisation der Bauunternehmung. Das Rechnungswesen ist im Rahmen einer bis ins kleinste gehenden Darstellung der Kostenrechnung dargestellt. Die Kostenrechnung steht in Beziehungen zu den betrieblichen Vorgängen und die Erfassung der Kostenstellen sowie die Auswertung der Ziffern zum Vergleich mit den Kostenplan. Die Kostenrechnung ist eine wertvolle Hilfe. Der Werk sind eine Reihe anschaulicher Abbildungen sowie eine sehr ausführlich gehaltene, verständlich aufgebaute Kontenplan.

Zeugnis! Das Buch „Der Kaufmann im Baugewerbe“ habe ich mit großem Interesse durchgesehen. Aus meiner jahrelangen Praxis als Bilanzsachverständiger und Steuerberater heraus muß ich es als ganz vorzüglich und den Bedürfnissen des Baugewerbes angepaßt, wie kein zweites, bezeichnen! Ich glaube, daß dergleichen bisher gefehlt hat . .

Bei dem Finanzamt Erfurt zugelassen als Helfer in Steuersachen.

stättensiedlung. Proj. Bauh. NSKOV., Demmju. Anst. noch nicht vergeben. Bau
beginn im nächsten Jahre.

Falkenberg. Die Stadtverwaltung hat beschlossen, für die Gefolgschaftsiedlung einer Falkenburger Firma das Banglände billig zur Verfügung zu stellen. Es sollen 12 Eigenheimstücken errichtet werden.

Finkenwalde. An der Bergstraße, Wohnhaus. Bauh. Gaschlungswalter Knöthe, Finkenwalde, Danziger Straße 7. — Danziger Straße. Wohnhaus. Bauh. Lehrer Schmidt, Warin/Randow. — Danziger Straße. Wohnhaus. Bauh. Kirchmaler Hoffmann, Finkenwalde, Mühlentstraße. Ausf. noch nicht vergeben. Neubau eines NSV-Hauses mit Kindergarten. Proj. Bauh. Kreisamtsleitung der NSV. Ausf. noch nicht vergeben.

Gartz Oa. Neubau Kindergarten in der Nähe der Stadtrandiedlung und Straßenpflasterungen. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Giselski. Kr. Neustettin. Neubau Wohnhaus mit Ausbau Familienhaus. Beg. Bauh. Gutsbesitzer Bartelsen. Ausf. nicht bekannt.

Gollnow. Die Stadt Gollnow plant den Bau von 100 Wohnungen in den Schwarzen Bergen. Die Pommerische Heimstätte wird das Vorhaben mit 350.000 RM. unterstützen. Das Baugelände wird sich rechts der verläuerten St.-Georgen-Straße hinter der Danziger Straße erstrecken.

Günzig. Kr. Neustettin. Neubau Wohnhaus und Stallgebäude. Beg. Bauh. Landwirt von Kahlen. Ausf. nicht bekannt.

Greiswald. Bei der Jubiläumsfeier des NSDAB. in Greiswald verkündete Kreisleiter Delong die Schenkung eines Grundstücks zur Erhaltung eines neuen Kameradschaftshauses für den NSDAB. Die Provinz Pommern hat den Betrag von 10.000 RM. zum Bau des Kameradschaftshauses bereitgestellt.

Groß Lützow. Kr. Pyritz. Neubau Schulhaus. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Gützow. Kr. Greiswald. Umbau der Molkerei. Proj. Bauh. Molkerei Gützow. Ausf. noch nicht vergeben.

Hammelfall. Kr. Randow. Die zum Gut Bruhn gehörige Scheune der „Försterei Hammelfall“ abgebrannt.

Kloxin. Kr. Pyritz. Neubau Schulhaus. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Kölpin. Kr. Neustettin. Neubau Stedingshaus. Proj. Bauh. Landarbeiter Keipert. Ausf. noch nicht vergeben.

Koserow (Insel Usedom). Um die großen Wiesenflächen zwischen Ledditz und Uckeritz am Achterwasser vor Überschwemmungen zu schützen, wird an den besonders gefährdeten Stellen ein Probekanal gebaut. Falls sich der Probekanal während des Winters bewährt, wird der in Aussicht genommene größere E-Wasserkanal im Frühjahr nächsten Jahres zur Ausführung kommen.

Labes. Um- und Ausbau des Parteilhauses. Genehmigt. Bauh. Wilhelm Quandt. Ausführung nicht bekannt. — Neubau Geräte- und Maschinenschuppen. Genehmigt. Bauh. Kreisschulhaus des Kreises Regenwalde. Ausf. nicht bekannt. — Neubau Zweifamilienwohnhaus und Stallgebäude. Genehmigt. Bauh. Bernhard Bösel. Ausf. nicht bekannt.

Lauenburg. Thonier Straße. Umbau „Haus der Hochschulmannschaft“. Gepl. Bauh. Preuß. Staatsbaubeamt Lauenburg. Ausf. noch nicht vergeben. Die Bauarbeiten sind ausgeschrieben. — Fortstadt. Süd. Neubau Bürogebäude. Genehmigt. Bauh. Preuß. Staatsbaubeamt. Ausf. nicht bekannt. Baukosten 10.000 RM. — Neubau Werkstattegebäude. Proj. Bauh. Schlossermester Grubisch, Am Ausersiedt. Ausf. noch nicht vergeben.

Lütz. Kr. Grimnitz. Für den Neubau des HJ-Heimes auf dem Schützenplatz in Lütz fand das Richtfest statt. — Siedlung Rustow. Neuverlegung eines Teiles des Wasserleitungssatzes. Proj. Bauh. Stadt. Ausf. noch nicht vergeben.

Lühau. Kr. Neustettin. Aufbau von zwei Wohnhäusern. Proj. Bauh. Restzuteilbestitzer von Rohr. Ausf. noch nicht vergeben.

Marienhof bei Völschendorf. 75 m lange Scheune des Gutes Marienthal, Besitzer August Hühlich, abgebrannt.

Möhringen. Kr. Randow. 75 m lange Scheune des Gutes der Landesbauernschaft abgebrannt.

Mukran Rügen. Hier fand das Richtfest für die ersten zwölf Gebäude des Kaff-Bades Mukran statt. Näheres Baudirektor Heidrich.

Osterfeld. Kr. Neustettin. Neubau Geschäftshaus, Werkstattegebäude und Stallung. Proj. Bauh. Tischlermeister Mallon. Ausf. noch nicht vergeben.

Plohnitz. Kr. Pyritz. Neubau Schulhaus. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. noch nicht vergeben.

Potelch. Feuerlohnstraße. Wohnhaus. Bauh. Schlosser G. Labes, daselbst. — Hofhaus. Garagenbau. Bauh. Süd-Rat H. Schmidt, daselbst. — Berastraße 9 Garagen und Schuppen. Bauh. Sietzenmeister Möcklenburg, daselbst. — Feuerlohnstraße 23, Garage. Bauh. Frau v. Montgals, daselbst. — Pflasterung des Binower Weges von der Wandelhalle bis zum Grundstück Drews. Proj. Bauh. Gemeinde. Ausf. nicht bekannt.

Rügenwalde. Der Ortsteil Rügenwaldermünde wird jetzt an die Wassersleitung angeschlossen.

Schiffreuthe. Kr. Pyritz. Neubau Schulhaus. Beg. Bauh. Gemeinde. Ausf. nicht bekannt.

Sieditz. Für den Neubau des Werkstattegebäudes für den Reiterwehrverband fand das Richtfest statt. Bauh. Steinhilf Heilensfeldsch, Baurat P. Kleinsorge. Vortierlicher Bauführer Stadtbauingenieur P. C. Meißner. — Auf der Silberweide erreicht die Heringsgründung Witte & Co. ein Kühlturm, das für rund 9000 Tonnen Platz bieten wird. Die Bauarbeiten sollen beschleunigt werden.

Fertigstellung Mai 1938. — Hermannstraße 14, Garagenneubau. Bauh. C. Schmidt, daselbst. — Taubensstraße 4 a. Garagenneubau. Bauh. Winkelhausen-Werke A.-G., daselbst. — Samierstraße 19, Wohnungsumbau. Bauh. Frau L. Strehlow, Mozarsstraße 5. — Apellallee 29, Wohnhaus. Bauh. Firma Klein, Oberwieck 19. — Paradeplatz 38 a. Lagerschuppen. Bauh. Stadtwerke

Sieditz. — Passauer Chaussee. Neubau Schuppen. Bauh. Heeresbauamt 1. Sieditz. — Pölitzer Straße 89, Garagenneubau. Bauh. Herr Schröder, daselbst. — Wolgaster Straße 48, Garagenneubau. Bauh. Vereinigte Steinfabrik Glas-handels-Ges., daselbst. — Falkenwalder Straße 75, Erweiterungsbau. Bauh.

Feldmühle A.-G., Königsplatz 16. — Greibersstraße 15, Wagenschuppen. Bauh. Schültheiß Patzenhofer A.-G., daselbst. — Max-Erdt-Weg. Schulhausneubau. Bauh. Stettiner Gemeinnützige Bauges. m. b. H., Grünstraße 43. — Fuchsberg 2. 26, Wohnhausneubau. Bauh. Kaufmann Erich Geister, Luisenstraße 4. — Fuchsberg 2. 28, Wohnhaus. Bauh. Weikmeister Erich Zech, Stolzenhagen, Grienstraße 14. — Zabelsdorfer Straße 7, Garagenneubau. Bauh. Friedrich Dohrmann, daselbst. — Wiekenstraße 677, Garagenneubau. Bauh. Dipl.-Ing. Subersbach, Auguststraße 5. — Albersstraße 17, Garagenneubau. Bauh. Schüke, Albersstraße 17. — Eckerbergstraße 1, Garagenneubau. Bauh. Kückenmüller Anstalten, daselbst. — Kockstraße 10, Wohn- und Bürohaus. Bauh. Kaufmann E. Ritter, Kronenlohnstraße 29.

Soop. Eschenweg. Neubau Wohnhaus. Genehmigt. Bauh. Frau Bollmann, Poganzitz, Kr. Stolp. Bauh. Arz. Wisniewski, Ringstraße 10. Ausf. nicht bekannt. — Gänsesweg 1. Neubau Lagerschuppen. Genehmigt. Bauh. und Ausf. Zimmermeister Voss, eben. — Mühlstraße. Neubau Feuerwehrgelände. Genehmigt. Bauh. Stadt. Ausf. nicht bekannt. — Probststraße 9. Neubau Wirtschafts- und Lagerschuppen. Genehmigt. Bauh. O. Höhrner, eben. Ausf. Bauschäftig Jahr, Mackensenstraße 27. — Weidenstraße. Neubau Wohnhaus. Genehmigt. Bauh. und Ausf. Baumeister Jahr, Mackensenstraße 27.

Stralsund. Neubau einer Schweinmälerei mit Wärrhaus hinter der Hellensalt. Gepl. Bauh. Stadthauptamt. Abt. Land. Stralsund. Ausf. noch nicht vergeben. Die Maurer-, Zimmer- und Dachdeckerarbeiten sind ausgeschrieben.

Sydowsee. Dorfstraße. Stall und Scheunenneubau. Bauh. Landwirt E. Marquardt. — Dorfstraße. Wohnhausneubau. Bauh. Frau Anna Zietlow, daselbst. — Kiltz. Umbau und Erweiterung. Bauh. Ernst Hoyer, Eitzen. — Dorfstraße. Erweiterungsbau am Hause. Bauh. Frau Witwe Kiewitz. — Lindenstraße. Große Tankstelle. Bauh. Deutsch-Amerik. Petroleum-Ges., Stettin. — Kolowser Straße. Wohnhausenerweiterung. Bauh. Lehrer O. Löhn, daselbst.

Tribbes. Neubau Zweifamilienwohnhaus. Beg. Bauh. Bauer Otto Winzer. Ausf. nicht bekannt.

Mittel- und Norddeutschland

Crimmischau Sa. Die Gemeinnützige Baugesellschaft plant weitere Siedlungen.

Dresden. Marienbergstraße. Fünftauschergruppe. Bauh. Dr. A. Fittler, zust. Bev. und Bauh. Arch. Ernst Schlegel, Ptothenauerstraße 65. Ausf. Firma Meitz & Leiter, Viktoriastraße 22. — Zellescher Weg. Dreifamilienhaus. Bauh. und Bauh. Architekt Felix Ziesche, Gorkortplatz 1. Ausf. Baumeister Edwin Weinhardt, Am Galgenberg 86. — Reichenstraße. Fünftauschergruppe. Bauh. Gorfah. Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Angestelltenheimstätten. Strehlenstraße 53. Bauh. Architekt A. Scheler, Geinitzstraße 2. Ausf. nicht bekannt.

— Freiheit. Zweifamilienwohnhaus. Bauh. Margarete Lippert, Ammonstraße 65. Bauteil. und Ausf. Baugesellschaftshaber Willy Hegewald, Lomnitz 1111, Bz. Dresden. — Rigaer Straße. Fünftauschergruppe. Bauh. Privatus Moritz Fleischmann, Holzhofgasse 5. Bauh. Architekt Rudolf Fleischmann, Hochhaus am Albertplatz. Ausf. Baugesellschaftshaber Ernst Fittler, Ptothenauerstraße 28. — Rigaer Straße. Fünftauschergruppe. Bauh. und Bauh. Arch. Lothar Schlie, Wapurgstraße 15. Ausf. Baugesellschafts-inhaber Franz Wagner, Rippert Bz. Dresden. — Omsweitzer Höhe. Zweifamilienhaus. Bauh. Lackierer Paul Böttcher, Schulberg 7. I. Bauh. Arch. Rich. Schleinitz, Dippoldsdorfer Gasse 13. Ausf. Firma Gerstenberger & Döhler, Rietschstraße 1. — Gumbiner Straße. Zweifamilienhaus. Bauh. und Ausf. Willy Schmiedchen, Unternehmen für Hoch- und Tiefbau, Schnorrstraße 48. Bauh. Arch. und Baumeister Gurt Müller, Barbarossastrasse 1.

Wilkau-Haßlau Sa. Gustloffstraße. Wohnhaus. Gepl. Bauh. Kaufmann Göpfert. — Gustloffstraße. Wohnhaus. Gepl. Bauh. Altwarenändler Hartenstein. — Gustloffstraße. Lagerschuppen. Gen. Bauh. Baubearbeiter Ernst Küttner.

Zitzau. Errichtung einer Schweinmälerei für das EHW. der NSV. im ehem. Stadtkl. Kleinortsch. Bauh. Stadthauptamt, Handelslosh. Ausf. noch nicht vergeben. Die Erd-, Maurer- und Zimmerarbeiten sind ausgeschrieben.

Zschoken. Die Meliorationsgenossenschaft Zschoken und Umg. Erzherrge genehmigte den Ausbau des Zschokenbachs mit 2 Neben-gräben auf eine Länge von 3,5 km. Kosten 68.250 RM.

Polen

Groß Chorzow. An der Ecke Sienkiewicz-Rostekstraße soll ein neues Postgebäude errichtet werden. Die Postdirektion Katowitz will das Grundstück ankaufen.

Lublin. Stadtvordienstung. Für den Umbau des Ringes und einiger Straßen wurden 10.000 Zloty bewilligt.

Pleß. Mit dem Bau einer Genossenschaftsmolkerei ist begonnen worden. Das Gebäude, welches 20 mal 15 m groß sein wird, erhält einen Anbau, in welchem die Kessel und Maschinen untergebracht werden. — Zum Bau einer neuen katholischen Kirche in Pleß hat sich ein Komitee zebildet, dem u. a. Ortspräsident Bielok, Bürgermeister Zmil und Baumeister Lescha angehören.

Tarnowitz. Wie man hört, beabsichtigt die Eisenbahndirektion den Umladebahnhof zwischen Tarnowitz und Georgenberg aufzuheben, um ihn in die Nähe von Czestochau zu verlegen. — Die Baupläne für die Unterführung der Bahnstrecke auf der Nakloer Straße in Tarnowitz liegen dem Eisenbahnhauptamt vor. — Die Stadt beabsichtigt für die gewerbliche und kaufmännische Fortbildungsschule eigene Schulgebäude zu errichten, deren Baukosten sich auf etwa 800.000 Zloty belaufen würden.

Belegzettel. Der heutigen Gesamttafel unserer Zeitung liegt eine Musterliste der Firma A. H. K.-G., Bärenstein, Bz. Dresden, bei, auf die wir unsere Leser aufmerksam machen.

Für die Scantification verantwortlich: Frau. Neumann, Breslau.

Für den Anzeigenpreis: 1. Geschäftsliche Mitteilungen verantwortlich: Walter Strutz, Breslau, D. A. S. V. 37. (Österreichische Bau-Zeitung u. Deutsche Bauwerks-Zeitung) aus 4582

Anzeigenpreise: 1. Geschäftsliche Mitteilungen verantwortlich: Walter Strutz, Breslau, D. A. S. V. 37. (Österreichische Bau-Zeitung u. Deutsche Bauwerks-Zeitung) aus 4582

180. — 60. — 60. — 45. — 36. — 30. — 22,50 RM. — 15. — 11,25. 9. — 6. — 4,50. 3. — RM. Gültig ist z. Zt. Preisliste Nr. 3 vom 1. 1. 38.

Postanlieferung: Mittwoch. — Anzeigenschluß: Dienstag 4 Uhr. — Erscheinungstag: Donnerstag. — Bezugspreis: Monat 1,30 RM. verteil. 3,00 RM. bei Postbezug einseh.

Breslau 2, Tausendzettel, 29. Fernsp. 628 44-46. — Leipzig C. 1. Windmühlentstr. 47. Fernsp. 17596. — Posen: Postbezugskonto Amt. Warszawa Nr. 191-29. — Vorlag: Paul Steinko, Breslau-Leipzig Druck: Brömer & Mühlh. Breslau.

Postbezugkonto: Amt. Breslau 598. — Postbezugkonto Amt. Leipzig 5481.